

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestelgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Terrorismus.

Leipzig, 24. Februar.

Die Herren Schönstedt und Hammerstein haben der Sozialdemokratie einige Broschüren terroristischen Inhalts in die Tasche gesteckt. Ueber dieses Taschenspielerkunststück jodelt die bürgerliche Presse in besinnungslosem Geschrei, und der einzige Vorwurf, den sie gegen die hochweise Regierung erhebt, ist der, warum diese noble Bekämpfung mit geistigen Waffen nicht schon früher praktiziert worden sei. Das Genie der Max Lorenz, Liman und Konforten wäre längst in staatsmännischem Glanze erstarrt, wenn sie die Dreimillionenpartei einfach als eine Bande von Hochverrätern und Kriminalverbrechern hätten verdammern können, anstatt ihren stumpfen Witz in alltäglichen Nennereien gegen die Sozialdemokratie zu verquälen. Von den Hamburger Nachrichten bis zur Frankfurter Zeitung ein einziger Fieselschrei staatsbrecherischer Enthusiasmus; es fällt keinem Menschen ein, die plumpen Tricks ministerieller Demagogie auch nur mit dem bescheidensten kritischen Maßstab nachzuprüfen; wie ein gehässig-beschränkter Staatsanwalt, der einen Delinquenten unter allen Umständen verurteilen will, stürzt sich die bürgerliche Presse einmütig auf die schielenden Andeutungen und Verdächtigungen des preussischen Justizministers und behandelt sie als feststehende, allemählig konstatierte Tatsachen.

Uebrigens, warum haben die Herren Regierungsmänner das nicht gleich gesagt? Warum sind sie nicht mit ihrer Wissenschaft auf den Plan getreten, als Herr v. Michelsen seine jämmerlichen Anschuldigungen vor dem Reichstag hervorholte? Nun, die Herren mußten zuerst den Inhalt der konfiszierten Broschüren ermitteln, sie mußten das äußerst schwierige Uebersetzungswerk vorhergehen lassen, um sich über den staatsgefährlichen Charakter der russischen und leitischen Schriften zu informieren. Wenn aber preussische Minister und Geheimräte dazu viele Monate brauchen, wie sollen das einfache Arbeiter wissen? Und weiter: in welchem Zusammenhang finden sich die von Herrn Schönstedt deklamierten Zitate? Und endlich: was beweist dieser ganze Akten- und Zitatschwall? Man braucht nur an den Kollektivprozeß zu erinnern, um das ganze lustige Gebäude solcher Ermittlungsakten in seiner papierenen Nichtigkeit zusammenstürzen zu sehen, sobald es das Licht der öffentlichen Verhandlung erblickt. Es besteht die begründete Vermutung, daß Herr Schönstedt von der Unschicklichkeit eines Strafverfahrens überzeugt ist und daß er, um nichts unkommen zu lassen, den staatsanwaltschaftlichen Aktenfresser auf die Tribüne des Abgeordnetenhauses trug, um die Sache dort „im objektiven Verfahren“ summarisch zu erledigen und staatsbrecherisch zu fruchtigieren.

Aber Herr v. Schönstedt interessiert uns hier nicht an erster Stelle. Der Mann hat ein Amt und weiß, daß alle Justiz in letzter Linie politische Tätigkeit ist. Der Minister der preussischen Gerechtigkeit huldigt als Politiker der prinzipiellen Ungerechtigkeit der Parteien und verschmäht auf der Parlamentstribüne auch nicht die schlechten Klünste der Demagogie. Dafür

ist er preussischer Staatsminister und dafür bekommt er sein Gehalt bewilligt. Und interessiert vielmehr die bürgerliche Presse, die entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt über die abgründige Verworfenheit der russischen Mordmörder und der preussischen Justiz und Polizei im voraus Abfolation für alles gibt, was gegen die „Anarchisten“ geschieht. Ja, wie lange ist es denn her, daß die bürgerlichen Liberalen und Demokraten mit Tyranienblut färben wollten? Wer hat denn den Königsmord praktiziert und als ein verdienstvolles Werk verherrlicht, wer hat sich für den „Mordmörder“ Sand dekretiert und Sands „Himmelfahrt“ in wilden und schwülstigen Wankelgängerliedern besungen? Wer hat den letzten Fürsten am Darm des letzten Pfaffen baumeln lassen wollen, lange, lange bevor man in deutschen Landen an eine Sozialdemokratie dachte? Das deutsche Bürgertum! Und die Verhältnisse, unter denen die deutschen Spießbürger, diese zahme und fromme politische Hausierwelt, sich so rabiat gebärdete, waren just dieselben, unter denen das heutige Rußland schmachtet, und das liberale deutsche Bürgertum besudelt und beschimpft seine eigene vormärzliche Vergangenheit, es pißt auf die Gräber der Sand, Trützschler, Korvin u., es legitimiert nachträglich alle Nichtswürdigkeiten der Weimarerischen Demagogieverfolgung, wenn es den Verzweiflungskampf der russischen Unterdrückten gegen die Bestialitäten des Zarismus mit dem Strafgesetzbuch mißt. Wenn der deutsche Philister sich an blutrünstigen Auforderungen zum Tyrannenmord, an zynischen Verherrlichungen von Missetaten gegen Fürsten und ihre Beamten aufregen will, so braucht er nicht in den Schriften der russischen Revolutionäre zu schmökern, so findet er in seiner eigenen Vergangenheit so viel Material, daß er das pharisäische Kopfschütteln verlieren kann. Gegen die Mord- und Brandtäter der Gebrüder Follenius und der Wiesener Schwarzen, gegen die blutroten Phantasten der 48er Demokratie gehalten sind die Zitate des Herrn Schönstedt noch eitel Almonade, und es gehört der ganze historische Stumpfhirn der deutschen Philisterwelt dazu, wenn diese sich einbildet, die Sozialdemokratie dadurch diskreditieren zu können, daß man ihr die russischen „Anarchisten“ an die Rockschöße hängt.

Von Harmobios und Aristogiton, den vielbesungenen Tyrannenmördern, bis auf die russischen Philisten ist der politische Mord ein Requisite aller politischen Kämpfe gewesen. Die Kirche hat den Königsmord gepredigt und praktiziert; das englische und das französische Bürgertum hat je einen König aus Schafott geschickt und das deutsche Bürgertum hat seine Altentäter als Märtyrer verherrlicht. Die Sozialdemokratie ist die erste große politische Oppositionspartei, die die rohe Gewalt im politischen Kampf verweist, aber ihre Anwendung als die ultima ratio der Unterdrückten historisch begriffen und einschuldigt. Sie fordert für die Beurteilung eines Walmoschew dieselben Milderungsgründe, wie sie das deutsche Bürgertum jahrzehntelang für seinen Sand reklamiert hat, und wenn heute organisierte Sozialdemokraten der revolutionären Propaganda in Rußland Vorschub leisten sollten, so würden sie dabei nur

die Traditionen des weisand deutschen Bürgertums fortsetzen. Wenn sich preussische Minister und Staatsanwälte darüber aufregen, so mögen sie tun, was ihres Amtes ist; kein vernünftiger Mensch wird von politischen Funktionären historische Einsicht erwarten. Wenn diese Herren aber in der gesamten bürgerlichen Presse bis zur äußersten Demokratie einen Resonanzboden finden, so beweist das nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern nur gegen das deutsche Bürgertum.

Zwölf Jahre lang hat das deutsche Proletariat unter dem Ausnahmegesetz geschmachtet, die Sozialdemokratie war rechtlos, vogelfrei, ihre Angehörigen waren Freiwill für alle Nichtswürdigkeiten der Justiz und Polizei. Allein in all dieser langen Zeit hat die deutsche Sozialdemokratie nur einen Terrorismus gekannt, den Terrorismus des roten Stimmzettels und der Aufklärung durch Organisation und Presse. Hunderte von Exzellenzen wurden vernichtet, über tausend Jahre Gefängnis wurden gegen die Partei verhängt, aber alle Empörung über das Schandgesetz und seine Funktionäre ist nach innen geschlagen, hat ihr Gefüge gestärkt und ihren Kampfmuth gebildet. Die Partei hat es bewiesen, daß sie sich nicht zur Gewalt provozieren läßt. Wenn wirklich Angehörige der Partei bemußt die revolutionäre Propaganda des russischen Proletariats unterstützen, so sollen sie am wenigsten von derjenigen Klasse Tadel erfahren, die in ihrer eigenen Jugend, als sie selbst sich noch gegen die Roheiten des deutschen Despotismus empörte, alle Sünden der politischen Gewalttätigkeit auf ihr Haupt geladen hat. Nicht wir haben den Zusammenhang mit den russischen Revolutionären zu verleugnen, sondern das deutsche Bürgertum verleugnet seine eigene Vergangenheit und seine ganze politische Geschichte, wenn es die russischen Freiheitskämpfer den zarischen Schergen, dem Schönstedt und Hammerstein, überantwortet.

## Politische Ueberdacht.

Ostasiatische Schmerzen.

Es ist so gekommen, wie damals die Sozialdemokratie voraus sagte, als deutsche Marinekruppen in der Kleinen Bucht von Kiautschou landeten und die berühmte „Bach-tung“ einleiteten und vollzogen: Der Spatz wird verdammt teuer. Am vorigen Freitag und gestern klagten, abgesehen von den Konservern, die Budgetmänner gar beweglich über die Summen, die für unsere herrlichen „Platz an der Sonne“ flöten gehen. Selbst den nationalliberalen wird es allgemach recht ungemütlich, so daß selbst St. Z u d e r - P a a s c h e, trotz seiner regierungsgeliebten Würde, gegen das Unkostenkonto in Ostasien recht kräftige Worte gebrauchte. Ihm sekundierte Müller-Fulda und Prinz Frenberg, sowie der Schwabe Bayer, des schwäbischen Parlaments Präsident. Natürlich bleibt alles beim alten, wenn auch da und dort ein Stabsoffizier oder ein allergeheimster Baurat oder Intendant gestrichen werden wird. Die Herren von der

## Seuilleton.

### Frau Fönß.

Novelle von Jens Peter Jacobsen.  
Deutsch von Marie Herzfeld.

„Schwer!“ sagte er, „schwer, schwer; ach, ich wollte, es wäre nichts als bloß schwer; allein es ist ja fürchterlich, — unnatürlich; es ist ja, um verrückt zu werden, wenn man daran denkt. Mußt Du denn auch wirklich, was Du mir zu denken gegeben hast? Meine Mutter den Liebeskosen eines fremden Mannes auf dem Gegeben, meine Mutter begehrt, umarmt und wieder umarmend, — o, das sind Gedanken für einen Sohn, Gedanken, schlimmer als die schlimmste Verhöhnung; — aber es ist unmöglich, es soll unmöglich sein, es soll; denn sollte nicht so viel Macht in den Blicken eines Sohnes liegen? Ellinor, sitze nicht da und weine; komm und hilf mir dabei, die Mutter bitten, daß sie mit uns Mitleid habe.“

Frau Fönß machte mit der Hand eine abwehrende Bewegung und sagte: „laß Ellinor gehen; sie mag so auch schon müde genug sein, und ich habe Euch ja überdies gesagt, daß nichts verändert werden kann.“

„Ich wünschte, ich wäre tot“, sprach Ellinor; „aber es ist alles wahr, Mutter, was Tage sagt, und es kann niemals recht von Dir sein, in dem Alter, in dem wir sind, uns einen Stiefvater zu geben.“

„Stiefvater“, rief Tage, „ich will nicht hoffen, daß er auch nur einen Moment wagt . . . Du bist toll; wo

er eingeht, dort gehen wir hinaus; die Macht auf Erden existiert nicht, die mich bewegen soll, die mindeste Gemeinshaft mit diesem Menschen zu dulden. Es ist an der Mutter zu wählen, — jedoch ihn oder uns! Gehen die Neuberwählten nach Dänemark, sind wir landesverwiesen; bleiben sie hier, so bleiben wir nicht.“

„Ist das Deine Meinung, Tage?“ fragte Frau Fönß.

„Ich hoffe nicht, daß Du zweifelst; denke Dir bloß dies Familienleben: Ida und ich an einem Mondscheinabend draußen auf der Terrasse und hinter dem Lorbeerbusch ist jemand und flüstert und Ida, die fragt, wer es sei, der flüstert und ich als Antwort: es ist meine Mutter und ihr neuer Mann. — Nein, nein, ich hätte das nicht sagen sollen; allein Du siehst schon, wie es wirkt, welchen Schaden es mir getan hat, und es wird auch Ellinor nicht besser machen, darfst Du mir glauben.“

Frau Fönß ließ die Kinder gehen und blieb allein sitzen.

Nein, Tage hatte recht; es hatte ihnen nicht gut getan; wie sie schon in dieser kurzen Stunde von ihr weit weggekommen waren; wie sie auf sie sahen, nicht als ihre, sondern als ihres Vaters Kinder, und wie sie bereit waren, sie fallen zu lassen, als sie bloß bemerkt hatten, daß nicht jedes einzelne Gefühl in ihrem Herzen ihnen gehörte; aber sie war ja doch nicht einzig und allein Tages und Ellinors Mutter; sie war ja doch auch ein Mensch für sich selbst, mit Leben für sich, auch ohne Zusammenhang mit ihnen. Aber so jung, wie sie gemeint, war sie doch vielleicht nicht. Sie hatte das in dieser Unterredung mit ihren Kindern bemerkt. War sie nicht dagesessen, ängstlich, trotz ihrer Worte, und hatte sie sich

nicht fast als die gefühlt, die in das Recht der Jugend einen Eingriff gemacht, und war nicht die ganze sichere Anspruchsfülle und die naive Tyrannischkeit der Jugend durch alles gegangen, das sie gesagt hatten; — wir sind's, denen das Leben gehört und Euer Leben, das ist, für uns da zu sein.

Sie begann zu verstehen, daß eine Befriedigung drin liegen konnte, ganz alt zu sein, — nicht daß sie es wünschte, aber es lächelste ihr doch schwach zu, wie ein ferner Frieden, nun, nach all der Aufregung, in der sie die letzte Zeit gewesen, nun, da die Aussicht auf so viel Uneinigkeit nahe war. Denn sie glaubte nicht, daß ihre Kinder auf andre Gedanken kommen würden, als die sie hatten, und sie mußte mit ihnen ja doch wieder und wieder darüber reden, ehe sie die Hoffnung aufgab. Das beste war, Thorbrögger reiste gleich ab; wenn er nicht gegenwärtig war, würden die Kinder vielleicht nicht so erregbar sein und sie würde ihnen allmählich zeigen können, wie eifrig sie war, auf sie alle mögliche Rücksicht zu nehmen; die erste Bitterkeit fände dann wohl Zeit zu verschwinden und alles . . . nein, sie glaubte nicht daran, daß alles noch gut würde.

Es wurde dann so, daß Thorbrögger einwilligte, nach Dänemark zu reisen, um ihre und seine Papiere in Ordnung zu bringen. Vorläufig sollte er auch dort bleiben. Es schien jedoch nichts dadurch gewonnen zu sein. Die Kinder wichen ihr aus, Tage war immer mit Ida und ihrem Vater beisammen, und Ellinor sollte stets der kranken Frau Kastager Gesellschaft leisten. Und waren sie endlich beisammen, wo war da nicht bloß die alte Vertraulichkeit, die alte Gemütlichkeit, sondern die waren auch die tausend Gesprächsgegenstände, und fanden



Regierung tun zwar so, als ob ihnen die Klagen der Flotten- und Eroberungsfreunde zu Herzen gingen, aber sie kennen ihre Pappentümer und wissen: über den Stof springen sie schließlich doch.

Zu der Dienstaufsicht der Budgetkommission brachte zunächst Müller-Sagan zur Sprache, daß das Kanzlerorgan, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, einen Teil der vertraulichen Mitteilungen des Staatssekretärs v. Nitzthofen veröffentlicht hat. Wenn das offiziöse Organ derart verfährt, dann kommen die Oppositionsparteien in den Verdacht der Geheimnisräubererei. Der Staatssekretär erklärte, daß der in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Teil seiner Ausführungen nicht vertraulich gewesen sei. Er werde aber das nächste Mal das, was vertraulich sein soll, genauer bezeichnen. Abg. Gröber kritisierte hierauf die große Zahl der in Ostasien bei der Besatzungsbrigade befindlichen Offiziere und deren sehr hohe Gehaltsverhältnisse. Diejenigen, die keine Kolonialarmee wollen, mühten sich sagen, daß durch solche Bewilligungen eine ähnliche Truppe geschaffen werde. Abg. Müller-Fulda macht zunächst einige Angaben darüber, wie außerordentlich hoch oftmals militärische Dienststellen bezahlet werden. Was China anbetreffe, so sei seit unserer Besitzergreifung dort die Ausfuhr gegen früher zurückgegangen. Im übrigen werde in Ostasien eine sehr kostspielige Wirtschaft geführt. Es bestehe dort noch eine militärische Organisation, als ob noch eine Division in Ostasien läge. Allein das Intendanturwesen erfordere 127 000 Mk., das Krankenwesen 500 000 Mk. Während in Kiautschou, das der Marineverwaltung untersteht, 140 Mk. Bekleidungsgehalt auf den Kopf der Mannschaft komme, weise der Etat für die Besatzungsbrigade in der Provinz Tschili 1902 480 Mk. pro Kopf an Bekleidungsgehalt auf, 1903 240 Mk. und 1904 330 Mk. Seit Beginn der Mobilmachung zur Expedition nach China seien 17 Millionen Mark allein für die Bekleidung ausgegeben worden, das sei ungefähr das achtfache, was für eine gleich starke Truppe in Deutschland verlangt würde. Auch mit dem Hin- und Hertransport von Lazarettverrichtungen sei außergewöhnlich viel Geld verausgabt worden. In Kiautschou kaufe die Zivilbevölkerung ein Pferd für etwa 330 Mk., die Militärverwaltung habe aber für die Pferde 1800 Mk. bezahlt. Der Kriegsminister wendete sich zunächst gegen einige Angaben betr. das Einkommen höherer Offiziere. Die Militärbehörde halte die Besatzungsbrigade in Ostasien nicht fest, sondern die Situation dort erfordere das Vorhandensein dieser Truppe. Was die Entschädigung der Offiziere anbelange, sei zu bemerken: die Offiziere, die nach Ostasien gingen, erhielten die Mobilmachungsgehalte; außerdem habe das Oberkommando die Vollmacht, Teuerungszulagen zu gewähren, die allerdings teilweise sehr hohe seien. Daß heute noch ein Brigadegeneral dort sei, mache sich notwendig, weil auch Frankreich und England Generale an der Spitze ihrer Besatzungstruppen stehen haben; außerdem müsse der Kommandeur schon ein General sein, weil die chinesischen Vizekönige und Mandarinen großen Wert auf eine hohe Charge legten. (Der Brigadegeneral v. Kohrscheidt erhält die „Reinigkeit“ von 40 000 Mk. Gehalt, daneben gibt es noch einen Gouverneur für Kiautschou, der „nur“ 42 000 Mk. Gehalt erhält und freie Wohnung. Es möge hier noch betont werden, daß z. B. das Gouvernement von Kiautschou allein 126 707 Mk. erfordert.) Der Kriegsminister erklärte weiter, daß sehr wirtschaftlich verfahren werde. Wenn man ihm die Verwaltung der Besatzungstruppen abnehmen würde, sei er sehr dankbar. „Ich bin froh, wenn ich sie los bin.“ (Also auch der Kriegsminister scheint an Ostasien wenig Freude zu haben.) Abg. Bayer kritisierte gleichfalls die teure Wirtschaft in Ostasien, der ein Ende zu machen das Bestreben sein müsse. Er beantragte diese Resolution anzunehmen:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, mit allem Nachdruck, soweit erforderlich im Wege der internationalen Vereinbarung, die möglichst rasche und möglichst vollständige Zurückziehung der Truppen der ostasiatischen Expedition in die Wege zu leiten.

Payer. Müller-Sagan. H. Werner. Abg. Ledebour: Wenn Abg. Müller-Fulda am vorigen Freitag empfohlen habe, um die jeweils großen Kosten bei Ablösungen der Besatzungsbrigade zu vermindern, die Kapitulation bis auf acht Jahre auszudehnen, so sei das der nächste Weg zur Kolonialarmee und um das Koloniallandwirtschaftswesen einzuführen, wenn auch unter einem ungeschuldigeren Namen. Die Besatzungstruppen können keineswegs eine Beruhigung der Bevölkerung herbeiführen, vielmehr eine dauernde Verunruhigung. Redner verbreitet sich weiter über die politische Situation in Ostasien. Abg. v. Nitzthofen ist mit dem heutigen Zustand der Dinge einverstanden und erklärte sich bereit, eventuell

sie endlich einen, wohin war dann dessen Interesse geraten? Sie sahen da und hielten eine Konversation im Gang, wie zwischen Menschen, die eine Zeitlang Gutes in Gesellschaft voneinander genossen und nun scheiden sollen, und die abreisen, haben alle ihre Gedanken auf der Reise Ziel gesammelt, und die bleiben, denken nur daran, wie sie in ein trauliches Leben und in trauliche Gewohnheiten zurückfallen werden, sobald die Fremden gereist sind.

Es war keine Gemeinsamkeit mehr in ihrem Leben, und jedes Gefühl, zusammen zu gehören, war verschwunden. Sie konnten davon reden, wie sie sich es in der nächsten Woche, im nächsten Monat, auch in noch einem Monat einrichten wollten; doch es interessierte sie nicht als wären es Tage ihres Lebens, um was es sich drehte, sondern nur als Wartezeit, die auf eine oder die andere Art müde überstanden werden; denn alle drei fragten sie in ihren Gedanken: „und was dann?“ weil sie keine Sicherheit in ihrem Leben fühlen konnten, weil sie keinen Grund hatten, auf dem zu bauen, ehe das geordnet war, was sie getrennt hatte.

Und mit jedem Tag, der ging, vergaßen die Kinder mehr und mehr, was ihre Mutter für sie gewesen war, sowie Kinder, wenn sie glauben, daß ihnen unrecht geschieht, tausend Bahlraten für ein einziges Unrecht vergessen.

(Schluß folgt.)

nach mehr zu bewilligen. Die Frage der Kolonialarmee sei zurzeit noch nicht spruchreif. Abg. Krendt erklärte, daß eine Kolonialarmee sein Ideal nicht sei, sondern Kolonien mit eignen Truppen.

Abg. Müller-Fulda ging nochmals auf die Kosten der Besatzungsbrigade ein. Das Oberkommando in Ostasien koste heute 172 000 Mk. Im Anschluß an das Lament über die teure militärische Wirtschaft in Ostasien brachte es Abg. Müller-Fulda fertig, wörtlich diesen Satz auszusprechen: „Ich will aber konstatieren, daß die Militärverwaltung die sparsamste Verwaltung im Reiche ist; sie arbeitet außerordentlich ökonomisch, ihr einen Vorwurf zu machen, liegt mir fern.“ Herr Müller ist bekanntlich der Finanzgewaltige des Zentrums. Nachdem der Staatssekretär des auswärtigen Amtes sich gegen die Resolution Payer ausgesprochen hatte, ersuchte Abg. Spahn den Abg. Payer, die Resolution zurückzuziehen. Dafür solle man eine Ermäßigung der Kosten des Brigadekommandeurs in Erwägung ziehen. Der Redner wendete sich weiter gegen die Schaffung einer Kolonialarmee. (Die beinahe im Stillstehen gehaltene Rede ist in ihren Einzelheiten nicht verständlich.) Abg. Graf Driola meinte, die jetzige teure Verwaltung in Ostasien könne in Zukunft nicht mehr beibehalten werden. Diese Verwaltung müsse der von Kiautschou angegliedert werden, um billiger wirtschaften zu können. Ueber die Angliederung der Verwaltung der Besatzungsbrigade an die Verwaltung in Kiautschou entspann sich eine längere Debatte, der der Kriegsminister mit der Erklärung ein Ende machte, daß er keine Fugase geben könne, bevor nicht eine Mißsprache mit dem Reichskanzler und dem Marineminister stattgefunden habe. Abg. Dr. Paasche ging mit Worten der verschwenderischen und luxuriösen Verwaltung in Ostasien scharf zu Leibe. Für 225 000 Mk. seien Neu- und Umbauten aufgestellt, und beinahe ebensoviel werde für die hohen Gehälter der zahlreichen Bauräte usw. verbraucht. — Also mißvergünstigt sind die Herren alle, die seinerzeit mit Hurra für das ostasiatische Abenteuer waren; sie üben jetzt scharfe Kritik, aber schließlich werden sie sich auf die Formel Müller-Fulda einigen: Die Militärverwaltung ist sehr sparsam und ökonomisch; also bewilligen wir, um nicht als Unmenschen betrachtet zu werden, zu weiterem Ansporn dieser Sparbarkeit die geforderten Millionen. Bei einzelnen Kapiteln wird ein bißchen gestrichen werden, Streichungen, die finanziell nichts bedeuten und der Militärverwaltung nicht wehe tun. — Am Mittwoch wird weiter geredet und — bewilligt.

Zur Information der Leser möge bemerkt sein, daß die Expedition nach Ostasien im laufenden Jahre 12 000 492 Mark erfordert, das sind 327 886 Mk. mehr als im Vorjahre. Von diesen 12 Millionen Mark kommen u. a. auf das Kriegsministerium rund 47 000 Mk., Intendantur 127 000 Mk., Geistlichkeit 25 000 Mk., Militärjustiz 43 000 Mk., höhere Truppenbefehlshaber 47 000 Mk., Adjutantur-offiziere 14 000 Mk. und Generalstab 41 000 Mk. — Kiautschou ist hier nicht mit eingerechnet.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 23. Februar. Die Eisenbahnmisere des Deutschen Reichs, diese partikularistische Zankerei um die Ueberwälzung, die durch die Verteuerung des Verkehrswezens entstehen, füllte die heutige Sitzung aus. Preußen betrachtet es, als der führende Staat, für sein selbstverständliches Vorrecht, sich auf Kosten der andern Staatsbahnen seine Taschen zu füllen und die andern zum Bankrott zu treiben. Es will keineswegs eine Reichseisenbahn, sondern eine preussische Eisenbahn im ganzen Reich. Die Budgetkommission hatte sich bereits eingehend mit den auch in unserer Presse wiederholt besprochenen eigentümlichen Verkehrsverkehren beschäftigt, durch die Preußen sein Ziel zu erreichen sucht: jene samstags Umleitungen des Güterverkehrs, bei denen z. B. Württemberg, Baden und auch Sachsen zusehen müssen, wie die Güter um ihr Land herumgeführt werden, nur um jenen die Frachteinahmen zu entziehen. Deshalb hatte die Budgetkommission beschlossen, daß die verbündeten Regierungen Maßregeln zur Vermeidung von Umleitungen des Güterverkehrs treffen möchten. Unsere Fraktion ging weiter. Sie wandte sich erstens nicht an die hier ganz ohnmächtigen verbündeten Regierungen, die dabei von Preußen majorisiert werden, sondern an den Reichstag und zweitens forderte sie einen Gesetzentwurf, durch den der Betrieb und die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen dem Reiche übertragen wird. — Der Präsident des Reichseisenbahnnamts Schulz gab eine nichtsfagende Erklärung nach berühmten Mustern: amtlich ist nichts bekannt und Reservatrechte der Einzelstaaten sind zu respektieren, es wird schon alles gut werden. Unser neuer württembergischer Abgeordneter Genosse Sildensbrand schilderte all die Unterlassungssünden Preußens, mit denen es den Gesamtverkehr im Reich belaste, und des Reichseisenbahnnamts, das eigentlich gar nichts tut und alles gehen läßt, wie es Preußen paßt. Auch erinnerte er daran, daß bereits 1876 Bismarck die Eisenbahnen in Reichsbetrieb übernehmen wollte. Unser badischer Genosse Dreesbach wies auf die Benachteiligung hin, unter der Baden durch die preussischen Machenschaften zu leiden hat und Genosse Hofmann-Soalfeld auf Thüringens durch Preußen verschuldete Eisenbahnnot. Da von unsern Rednern auch darauf hingewiesen wurde, daß bei einer Reichseisenbahnverwaltung die Lage der Eisenbahnarbeiter eher gebessert werden würde, als durch die Landesparlamente, erklärte der konservative Gamp, daß gerade das schon ein Grund sei, nicht für unsere Resolution zu stimmen. Sie wurde auch abgelehnt und nur die nichtsagende der Budgetkommission angenommen. Preußen bleibt im Profil machen voran!

Kaufmannsgerichte.

Die Reichstagskommission zur Beratung der Vorlage hat in acht Sitzungen die erste Lesung des Entwurfs beendet und können die Handlungsgehilfen mit dem Resultat dieser Verhandlungen sehr zufrieden sein. Wesentliche Neuerungen sind geschaffen worden, wenn in den stürmischen Fluten der zweiten Lesung der Kommission und des Plenums nicht noch ein Schiffbruch stattfindet oder ein Unfall des Zentrums die Handlungsgehilfen um errungene Vorteile bringt. Einen wesentlichen Einfluß übte die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Handlungsgehilfen auf die Verhandlungen aus. Die Handlungsgehilfen werden als die noch wenig vom sozialistischen Gifte infizierten

Elemente angesehen, die also noch für die bürgerlichen Parteien in Frage kommen. Darum der Wettkampf der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Handlungsgehilfen und um die Befriedigung aller ihrer Wünsche. Eine schlaue Haltung nahm das Zentrum ein, das allerdings manchmal in ebenjoviel Parteien gespalten ist, als Personen vom Zentrum in der Kommission waren, indem es die sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserung der Vorlage zwar ablehnte, dann aber selbst Anträge zur Erreichung desselben Zweckes einbrachte, die nur in der Wortfassung von den sozialdemokratischen Anträgen abwichen. In dieser neuen Form wurden dann die Anträge angenommen und nach, außen hin dem Zentrum die Initiative überlassen. Die sozialdemokratischen Mitglieder konnten dem Spiele des Zentrums gelassen zuschauen, da für sie es nur darauf ankam, etwas Gutes, den Bedürfnissen Entsprechendes zu schaffen.

Gleich in der ersten Sitzung der Kommission wurde der Versuch unternommen, den Wünschen der Großkaufleute, Handelskammern und der alten Verbände der Gehilfen Rechnung zu tragen; die Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte zu erreichen. Der Versuch mißlang. Die Vorlage selbst mußte aus praktischen Gründen sich an die Gewerbegerichte anlehnen und folgte die große Mehrheit der Kommission diesen Spuren. Neu in die Vorlage wurde aufgenommen, daß die Kaufmannsgerichte auch zuständig für die Streitigkeiten aus den Konkurrenzklauselverträgen sein sollten und das Kaufmannsgericht auch als Einigungsamt bei Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverträge angerufen werden kann.

Im übrigen galt es, die Vorlage nach Kräften zu verbessern. Im Bundesrat war sie nur nach verschiedenen Kompromissen zustande gekommen, infolgedessen waren Bestimmungen hineingenommen worden, die sich praktisch nicht ausführen ließen, so die Ernennung der Beisitzer durch Korporationen.

Der Versuch, die Kaufmannsgerichte überall obligatorisch einzurichten, mißlang. Dagegen müssen sie aber in Gemeinden mit 20 000 Einwohnern errichtet werden, während die Vorlage dies nur für Gemeinden mit 50 000 Einwohnern vorschrieb. Die Streichung der Gehaltsgrenze für die Zuständigkeit des Gerichts wurde nicht beliebt, weil dann gerade die Handlungsgehilfen bestimmenden Einfluß auf die Kaufmannsgerichte erlangt hätten, für die sie selten in Tätigkeit treten werden.

Der Ausschluß des Kaufmannsgerichts durch Schiedsverträge wurde beseitigt und nur der Abschluß der Schiedsverträge auf schwebende Streitigkeiten zugelassen.

Das Wahlverfahren für die Kaufmannsgerichte ist einheitlich durch die obligatorische Verhältniswahl geregelt worden. Das passive Wahlrecht der Frauen ist wohl mehr zufällig durch schwache Befegung der betreffenden Kommissionsmitglieder gefallen, es wird aber voraussichtlich in zweiter Lesung erreicht werden, dann aber durch Unfall des Zentrums im Plenum wieder aus dem Entwurf verschwinden. Das aktive Wahlrecht der Frauen sind schon in der Kommission eine große Mehrheit, wird wohl auch in Sicherheit gebracht werden können. Im Gegensatz zur Vorlage würde das Alter für das passive Wahlrecht auf das 25. Lebensjahr, das aktive Wahlrecht auf das 21. Lebensjahr normiert.

Die Bestimmung der Richterqualifikation für den Vorsitzenden des Gerichts zu streichen gelang nicht, ja auch Vertretern des Zentrums wurde die Vorlage noch verschärft, dadurch, daß Verwaltungsbeamte nur ausnahmsweise zum Vorsitz berufen werden sollen, während die Vorlage sie den qualifizierten Richtern gleichstellte.

Die Rechtsanwälte wollten die Vorlage durcheinweg zulassen, während die Kommission beschloß, sie nur ausnahmsweise auf Antrag der Partei bei schwierigen Fällen oder bei glaubhaft gemachter Verhinderung zuzulassen.

Die Erhöhung der Berufungssumme von 300 auf 500 Mark war nicht zu erreichen, dagegen wurde der Instanz gegen die Kaufmannsgerichte als begutachtende Behörde (§ 16) siegreich abgewiesen. Namentlich den Handelskammern ist diese Bestimmung unangenehm, weil neben ihrer Organisation auch eine andre Stelle für behördliche Gutachten geschaffen wird.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Vorlage sozial vertriebt worden ist, daß sie mehr den Bedürfnissen angepaßt worden ist. Inwiefern dies auch zutreffend für die weitere Beratung der zweiten Lesung ist, das wird sich nach dem 3. März zeigen, an welchem Tage die Kommission erneut an die Arbeit geht.

Berlin, 24. Februar. Der hiesige österreichische Volkskammer wird demnächst in Wien einreisen, um an der Beratung wegen Vorbereitung der Handelsverträge teilzunehmen.

Der geheim gehaltene Entwurf des Warenverzeichnis zum Zolltarif wird von dem Offenbacher Abendblatt bruchstückweise veröffentlicht. Aus den charakteristischen Abschnitten, von denen unser Bruderblatt auf „spirituistischem Wege“ Kenntnis erhalten haben will, geht hervor, daß das, was man hier am grünen Tisch ausgeheckt hat, alles bisher Dagewesene übersteigt. Es sind Vorschriften, die allenfalls für Strahlwinkel passen mögen, aber in unsern großen Industrie- und Handelsstädten einfach undurchführbar sind.

So sollen z. B. alle Maschinenteile nach dem Stoff, aus dem sie gearbeitet sind, verzollt werden.

Der endgültigen Festschreibung des bei der Verzollung einer zerlegt eingehenden Maschine anzuwendenden Zollsatzes hat in der Regel eine nach der Zusammensetzung der Maschine auf Kosten des Zollpflichtigen vorzunehmende Revision zu dem Zweck vorherzugehen, von der Zugehörigkeit aller eingeführten Teile Ueberzeugung zu nehmen.

Diese Bestimmung konnte nur jemand abfassen, der in seinem ganzen Leben noch keine Maschine gesehen hat.

Unter den Vorschriften, betreffend das Verfahren bei der Verzollung von Pferden, fallen folgende Kuriosa auf:

„Die Verzollung von Pferden findet bei den von den obersten Landesfinanzbehörden dazu ermächtigten Zollstellen an bestimmten Tagen statt, welche von den Zolldirektionsbehörden im Einvernehmen mit der von der Landesregierung hierzu bestimmten Verwaltungsbehörde festgesetzt werden. Dabei können im Falle der Verzollung an der Grenze für die Einfuhr auf der Eisenbahn bestimmte Züge, für die übrige Einfuhr aber begrenzte Abfertigungshunden



vorgeschrieben werden. Die dadurch entstehenden Kosten sind von dem Einbringer zu tragen. Sofern der angemeldete Wert die höchste Wertgrenze nicht überschreitet, ist bei der Zollstelle behufs Festlegung der Zollgebühren stets eine Wertabschätzung der Pferde durch einen Oberbeamten der Zollverwaltung in Gemeinschaft mit einem beamteten Tierarzt oder mit einem anderen Sachverständigen vorzunehmen, welcher von der zuständigen Regierungsbehörde ernannt oder verpflichtet wird. Die Kosten hat der Einbringer zu tragen. Dem Abfertigungspapier ist eine genaue Beschreibung des Pferdes unter Hervorhebung etwaiger besonderer Kennzeichen und unter Angabe seines Stodmaßes beizufügen. Außerdem ist das Tier mit einem Identitätszeichen zu versehen. Jedoch kann auf Antrag des Einbringers von der Anlegung eines solchen abgesehen werden, wenn das Pferd alsbald in Gebrauch genommen werden soll und gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers keine Bedenken bestehen."

Den eingeführten Zugochsen ist ein amtliches Zeugnis des beamteten Tierarztes über das Alter des Ochsen beizufügen. Da müssen also jetzt auch die Ochsen standesamtlich angemeldet und mit einem Geburtszeugnis ausgestattet werden.

Bei der Ermittlung des Gewichts von Waggern usw. heißt es:

"Kann das zollpflichtige Gewicht von schwimmenden Waggern, Rahmen, Kranen, Schwimmdocks und Pontons, sowie von schwimmenden Fluß- und Binnenfischschiffen für Luxuszwede nicht durch Verwiegung ermittelt werden, so ist daselbe unter Zuziehung von Sachverständigen, die auf das Interesse der Zollverwaltung vereidigt sind, aus der genau festgestellten, oder wenn dies nicht ausführbar sein sollte, schätzungsweise ermittelten Menge des durch den schwimmenden Körper verdrängten Wassers zu berechnen."

Das wäre etwas für den alten Archimedes gewesen. Schade, daß nicht angegeben ist, wie das Kunststück ausgeführt werden soll.

**Budde's Rückständiges Ressort** wurde gestern in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelt. Zur Frage der Eisenbahntarifreform erklärte der Eisenbahnminister, daß die Regierung keine Verbilligung anstrebe, sondern nur auf eine Vereinfachung der Personentariife bedacht sei. Das ist also so viel, wie gar nichts.

Natürlich hat auch Budde große Reformideen, er will einige neue Schnellzüge mit dritter Klasse einstellen, die erste Klasse etwas einschränken und in der vierten Klasse Vorhänge anbringen lassen. Damit die Kosten für die Vorhänge, die jedenfalls sehr luxuriös ausfallen werden, nicht den Ueberflus herabdrücken, will Budde die Beseitigung der Mißfahrarten im Auge behalten. Ueber die Gütertarife fänden nach wie vor auf Grund der wirtschaftlichen Lage Erwägungen statt.

Es wird also auch fernerhin im Staatsbahnwesen beim alten bleiben. An eingreifende Reformen ist ja überhaupt nicht zu denken, so lange man die Staatsbahn lediglich als ein finanzielles Unternehmen betrachtet, aus dem man mit allen Inzessen und Schikanen so viel herauspreßt, als sich eben herauspressen läßt.

Aus Budde's Ausführungen ging denn auch ganz deutlich hervor, daß er für eine den wirklichen Verkehrsverhältnissen und den modernen Lebensbedürfnissen entsprechende Ausgestaltung des Bahnwesens überhaupt kein Verständnis besitzt. Seine Befähigung liegt auf einem andern Gebiete, auf dem Felde „sozialer Betätigung“, wo sie in der Schikanierung und Bepöbelung der Arbeiter wahre Organe feiert. Mit großem Behagen läßt der Herr Minister der Budgetkommission des Reutenparlamentes folgende Räubergeschichte auf, in der er die Rolle des Gelden gespielt hatte: Er habe vor 14 Tagen 27 Arbeiter in Altona entlassen müssen, die sich als Sozialdemokraten erwiesen. Die Sache habe sich folgendermaßen entwickelt: Ein Güterbodenarbeiter habe ein Paket Wurst gestohlen, entlosh darauf und hinterließ ein Paket, in dem eine Anzahl Exenplare des sozialistischen Bedarfs enthalten war, ebenso ein Notizbuch, das die Namen von 27 Arbeitern enthielt und eine Uebersicht ihrer Beiträge. Diese 27 seien entlassen worden. Die Arbeiter müßten beim Eintritt in den Dienst der Bahnverwaltung stets unterschreiben, daß sie sich von staatsfeindlichen Vereinigungen und Bestrebungen fernhalten wollen.

Budde verrät hiermit in ziemlich ungeschickter Weise sein ganzes System. Auch er ist, wie seine sämtlichen Vorgänger, der Stellung eines Eisenbahnministers, der ein hochtalentierter Organisator ersten Ranges sein müßte, in keiner Beziehung gewachsen und sucht nun über seine organisatorische Unfähigkeit dadurch hinwegzutäuschen, daß er durch die rigorose Behandlung und Bevormundung der Eisenbahnarbeiter sich oben lieb Kind machen möchte.

**Der Kampf um das direkte Wahlrecht in Bayern.** Nach dem Verlauf der Verhandlungen am Dienstag kann es fast dem Anschein gewinnen, als ob bei den Liberalen doch die Neigung zu einer Verständigung über die Frage der Wahlkreisgeometrie vorhanden sei. Nach einer in der Form sehr gemäßigten, sachlich aber sehr scharfen Polemik des Abg. Dr. Seim gegen den Liberalismus, nahm nämlich der Minister des Innern nochmals das Wort, um eingehend das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen, die sich verpflichtet fühlte, beim Fall des Gesetzes wenigstens die unhaltbare Wahlkreisenteilung zu ändern. Er warnte die Liberalen, allzusehr auf die Vorteile einer für sie günstigen Wahlkreisgeometrie zu bauen; denn der Ausfall einer Wahl hänge auch oft sehr von der Stimmung des Volkes und der Person des Kandidaten ab. Eine gute Parteiorganisation könne oft mehr bewirken, als die Wahlkreisenteilung. Schließlich ermahnte der Minister die Parteien dringendst, doch noch den Versuch zu einer Verständigung zu machen, damit ein alter Wunsch des ganzen bayerischen Volkes endlich einmal in Erfüllung geht.

Der liberale Hauptredner, Abg. Dr. Casselmann, der heute endlich auch zum Wort kam, betonte im Eingang seiner Ausführungen, seine Freunde seien bereit, bei einer solchen Verständigung mit gutem Willen mitzuwirken. Er polemisierte dann weiter gegen das Zentrum und — unter reichlicher Benutzung des Dresdener Parteitagprotokolls, gegen die Sozialdemokratie. Den Schluß seiner zweieinhalbstündigen Rede bildete eine Abgabe an das Ministerium Podewils, das sich gänzlich in den Dienst des Zentrums gestellt habe.

Ob der bayerische Liberalismus freilich imstande sein wird, auch wirklich gegen das Ministerium zu marschieren, das ist

eine ganz andere Frage. Unser Genosse Ehrhardt hat ja schon am Montag darauf hingewiesen, wo es in dieser Beziehung hapert. Nämlich, daß dann auch der liberale Personalienhandel mit der Regierung aufhören müsse. Und ohne Personalien verhungert dieser Liberalismus.

Genosse v. Vollmar, der einer schweren Erkrankung wegen sich mehr als 3 Monate nicht an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen konnte, war am Dienstag zum erstenmal wieder im bayerischen Landtag anwesend.

**Die Stellung der Sozialdemokratie zur badischen Wahlreform** brüht sich in einer Resolution aus, die der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie ausgearbeitet hat und gegenwärtig einer großen Anzahl Versammlungen unterbreitet. Die Versammlungen sind veranstaltet um zu verhindern, daß Regierung und bürgerliche Parteien die Wahlreform wieder stillschweigend in der Versenkung verschwinden lassen. Am Sonntag fanden bereits fünf Versammlungen statt, in denen die oben erwähnte Resolution einstimmig angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung erkennt an, daß die dem Landtag vorgelegten Gesetzentwürfe, betr. das Wahlverfahren und die Wahlkreisenteilung für die Wahlen der Zweiten Kammer, einzelne Bestimmungen enthalten, die gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt bedeuten. Es ist dies vor allem die Einführung der unmittelbaren Wahl der Abgeordneten an Stelle des selbsterwählten Wahlmännerkollegiums, dann die neue gerechtere Wahlkreisenteilung sowie die Einführung von Stimmbezirken in den größeren Städten, die eine Vermehrung der Mandate der Zweiten Kammer bedingen, und in Verbindung mit der Gesamterneuerung der letzteren alle vier Jahre, die Abschaffung eines unbegründeten Vorranges einzelner Städte bedeuten.“

Dagegen betrachtet die Versammlung eine ganze Reihe anderer Bestimmungen der Regierungsvorlage als reaktionäre Verschlechterungen, gegen die sie mit aller Entschiedenheit protestiert. In erster Linie ist dies die Durchbrechung des allgemeinen Wahlrechtes durch die Forderung der zweijährigen Ansfähigkeit bzw. des zweijährigen Bestehens der Staatsangehörigkeit für das aktive Wahlrecht, dann die Wahlentziehung der Steuerrückständigen und endlich die erhebliche Verstärkung der politischen Macht der Ersten Kammer, wie sie in der Erhöhung ihrer Mitgliederzahl von 81 auf 100 sowie in der Erweiterung ihrer budgetrechtlichen Kompetenzen zum Ausdruck kommt.

Sollte es der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht gelingen, die Regierung zu namhaften Konzessionen an ihre Forderungen zu bestimmen, oder sollten seitens der Mehrheitsparteien Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht werden, die vor der politischen Gerechtigkeit nicht bestehen können, so erwartet die Versammlung von den sozialdemokratischen Abgeordneten die Ablehnung der Vorlage.“

**O. Wieder eine altpreußische Ordnungssäule gestürzt!** Der Telegraph hat wohl in alle Welt die Nachricht hinausgetragen, daß in Danzig der Schuhmann Mathes Hoher wegen Brandstiftung und Ueberschuldung zu acht Jahren Zuchthaus, 6000 M. Geldstrafe oder noch 100 Tagen Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre verurteilt worden ist, doch was für Schandthaten dieser Mann wirklich begangen hat, darüber hat die bürgerliche Presse den Mantel der Rücksichtliebe gebedt. Dieser Schuhmann war in Langfuhr bei Danzig angestellt. Er war der allseitig, sowohl von Arbeitern wie von Bürgern gefürchtete, despotisch wirtschaftende polizeiliche Selbstherrlicher Langfuhrer. Er pumpte Geschäftleute und Gastwirte bis zum Weißbrot an. Wenn die Leute Geld verlangten, drohte er mit polizeilichen Strafanzeigen. Außerdem aber war er auch als Ehebrecher tätig; ja, selbst vor Sittlichkeitsverbrechen schreckte er nicht zurück. Vor einiger Zeit wurde gegen ihn ein Strafverfahren wegen eines raffiniert gemeinen und sehr schweren Sittlichkeitsverbrechens eingeleitet. Dieses Verfahren wurde jedoch, obgleich eine Reihe einwandsfreier Zeugen das Verbrechen Hoher's direkt und indirekt bestätigten, auf seine Aussagen hin eingestellt. Einem Schuhmann wird ja mehr geglaubt als 20 Privatleuten. Der Danziger Polizeipräsident hat selbst das Disziplinarverfahren gegen Hoher wegen versuchten Ehebruchs gegen eine Langfuhrer Bürgerfrau eingeleitet. Der Schuhmann war auf Antrag seiner Frau von dieser gerichtlich geschieden, doch durch die Vermittlung des Polizeipräsidenten verbotenen sich die Eheleute wieder und führten auch die eheliche Gemeinschaft bis zur Verhaftung weiter. Der Mann war in Langfuhr so verhaft, daß selbst der Polizeipräsident seinen Fortzug forderte. Trotzdem wurde ihm von seinen Vorgesetzten und von den Gerichten sehr viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit zugemessen. Er wurde dadurch sogar zur Geißel seiner Kollegen. Der Hoher als Zeugen gegen sich hatte, gab sich über sein Schicksal keinen Mühen hin. Solch ein Mann hat Jahre hindurch geherrscht. Aber es gibt noch andre Polizeigrößen in Danzig. Den Schuhmann Ludolfski nannte der Staatsanwalt, als er auf der Anklagebank saß, einen „Rowdy in Schuhmannsuniform“. Rowdy, dem durfte dieser Mann wieder in den königlich preussischen Polizeidienst zurückkehren, als er seine Strafe verbüßt hatte. Dann ist noch der Schuhmann Reich zu nennen, der auch ins Zuchthaus wanderte. Bei dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß im Danziger Polizeigewand die Chrenziemer und Gummischläuche nur so herumfliegen. Nahe hinüber hat die Danziger Arbeiterchaft gegen die Polizeiwirtschaft kämpfen müssen. Der nach Köln versetzte Polizeikommissar Sachse jagt doch gar in einer kleinen Versammlung einen geladenen Redner und bedrohte damit die Versammlungsbesucher. Viele Opfer sind gefallen. Der Genosse Verger mußte ins Ausland, er wollte sich nicht auf die Aussagen derartiger Polizisten hin zu schweren Gefängnisstrafen verurteilen lassen. Am 28. März findet in Königsberg wieder einmal ein Sachseprozeß statt. Der Mann hat gegen die Volkszeitung Strafantrag gestellt, weil dieses Blatt so frei war und an seinem Geisteszustand zweifelte; denn es nahm an, daß ein Mann mit gesundem Menschenverstand nicht derartig die Genossen verfolgen kann, wie dieser Mann es getan hat. Das waren ein paar Polizeitypen aus Danzig.

**Ein uniformierter Rowdy.** Ein Unteroffizier in Offenburg bekam mit Zivilpersonen Streit. Er zog den Säbel, blieb einen Eisenbahnkassierer auf die Brust und verfecht ihm mehrere Stöße mit der Waffe. Dann ergriß er die Flucht, wurde aber ermittelte. Die Strafe wird für den Unteroffizier nicht schuldig ausfallen, da er noch militärischen Begriffs in eine Heidenat gegen das Zivilpad vollführte.

**Krupp behält immer Recht.** Das Landgericht in Essen hat gestern die Klage der Rheinischen Metallwarenfabrik auf Löschung des Kruppischen Gebrauchsmusters 174 258, betreffend eine Oberlafette für Rohrrücklaufgeschütze kostenpflichtig abgewiesen.

**Keine politische Nachrichten.** Man erwartet in Washington, daß die Forderungen Deutschlands, Großbritanniens und Italiens an Venezuela binnen zwei Jahren befriedigt sein werden und diejenigen der übrigen Mächte später in Ratenzahlungen beglichen werden. — Im französischen Ministerrat teilte der Minister des Auswärtigen Delcassé die Informationen mit, die er über die Lage im Balkan und in Ostasien erhalten habe. Der Ministerpräsident Combes kündigte an, daß der Abgeordnete Fraure die Einbringung seiner Interpellation über die Marine verschoben habe. — **Bei Ausgrabungen der spanischen Republikaner** vor der Kammer in Madrid wurden vier Personen schwer, zahlreiche andre leicht verletzt. — **Anfolge der Maßnahmen** der Regierung gegenüber der **Älteren Krantenkassen** legte der Vorstand der Ortstrantenkasse für die Fabriken-Beschäftigten Personen sein Amt nieder. — Die französische Kammer hat nach vierstündiger Debatte heute den Gesetzentwurf, betreffend die algerischen Eisenbahnen, angenommen. — Ein Infanterieregiment in Washington hat Befehl erhalten, sobald

als möglich von Newyork nach Panama abzugehen, um die dort fest stationierten Seefolbaten abzulösen. — **Arien Karageorgiewitsch** ist zum Kommandeur des russischen ersten transbalkalischen Kosakenregiments ernannt worden.

**Niederlande.**

Die Schiedsgerichtskomödie.

**Haag, 22. Februar.** Das Schiedsgericht zur Entscheidung der venezolanischen Frage hat einstimmig entschieden, daß den drei Nordmächten Deutschland, England und Italien das Vorzugsrecht auf 80 Prozent der Hölle von La Guayra und Puerto Cabello zusteht. Jede Partei wird die Kosten, die ihr aus dem Verfahren entstanden sind, tragen und mit den andern Parteien zu gleichen Teilen die Kosten des Schiedsgerichts übernehmen. Die Vereinigten Staaten sind beauftragt worden, den Schiedspruch binnen drei Monaten zu vollziehen.

Nach Verlesung des Urteilspruchs in der venezolanischen Angelegenheit hielt Murawjew eine Rede, in der er ausführte, der Gerichtshof habe das Urteil nach sorgfältiger Prüfung in voller Unparteilichkeit gefällt. Die Arbeiten des Schiedsgerichts, die im Frieden begonnen seien, seien unter Kriegsalarie zu Ende geführt worden. Man sei gezwungen, den Krieg als rechtmäßiges Verteidigungsmittel für Ehre und Freiheit zu akzeptieren. Die gerechte Vorsehung, die die Schlachten lenke, werde einen Unterschied machen zwischen dem Recht und den unbegründeten Annahmungen. Nach Beendigung des Krieges zwischen einem europäischen und einem asiatischen Volke werde das Licht leuchten. Der Haager Schiedsgerichtshof werde das Bollwerk der Gerechtigkeit, Wahrheit, Vernunft, und die Hoffnung der Zukunft bleiben.

Murawjew ist reich für den russischen Ehrentitel: Vater der Vögel.

**Haag, 18. Februar.** Der japanische Gesandte erbat von der Regierung in Tokio Instruktionen bezüglich eines eventuellen Protestes gegen die gestrige Ansprache Murawjews in dem Schiedsgerichtshof.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Zur Ersatzwahl im 20. Wahlkreis.** Eine Versammlung des Konservativen Vereins in Oibernhan hat, da Pastor Stark eine Kandidatur abgelehnt hat, den Bürgermeister Dr. Schanz als Kandidaten der Vereinigten Ordnungsparteien vorgeschlagen.

**Eine Gemeindevertreterkonferenz** des 18. Reichstagswahlkreises tagte am Sonntag in Zwickau, auf der aus 20 Orten 88 Gemeindevorsteher vertreten waren. Genosse Stadtv. Pollender-Leipzig als Referent zum ersten Punkte der Tagesordnung gab ein eingehendes, recht gutes Referat über die Denkschrift der sächsischen Regierung zur Gemeindesteuerreform in Sachsen. Am Schlusse seiner Rede trat er für eine Protestbewegung gegen die geplante Gemeindesteuerreform ein. Dem durchdrachten Vortrag wurde verbündeter Beifall zuteil. Genosse Goldstein gab hierauf zum zweiten Punkte: Die Verhältnisse in den Gemeinden und das sozialdemokratische Gemeindewahlprogramm, einige einleitende Bemerkungen und Fingerzeige, in welchem Rahmen sich die Debatte zu bewegen habe. Genosse Pollender führte hierauf in längerer Rede die Hauptgründe der sächsischen Kommunalverfassung vor, so die Eingriffsrechte und Vorbehalte der Regierung in die Gemeindeangelegenheiten, die Darstellung der Autonomie, wie sich solche in der Revidierten Landgemeindevor- und Städteordnung von 1873 findet, die Beschränkung der Unanfälligen in den Kommunalvertretungen. Darauf besprach er die verschiedenen Einnahmequellen der Gemeinden und endlich die Haltung unserer Vertreter zu den verschiedenen Gemeindegeldausgaben. Oft konnte es vor, daß sich unsere Genossen glauben der Abstimmung enthalten zu müssen, z. B. bei patriotischen Feiern, wo es sich um Geldbewilligungen für Klimbin handle; das sei falsch; wir müßten dagegen stimmen. In prinzipiellen Dingen müsse immer Klarheit herrschen. Zu der Debatte, in der eine Fülle von Anregungen gegeben wurden, ging Genosse Goldstein in längeren Ausführungen auf eine Reihe innerer Gemeindefragen ein. Nach sechsstündiger Dauer wurde die Konferenz geschlossen, nachdem das Bureau beauftragt worden war, innerhalb sechs Monaten eine weitere Gemeindevertreterkonferenz einzuberufen.

**Schneeberg, 23. Februar.** Eine Parteiversammlung für den 19. sächsischen Reichstagswahlkreis wurde hier am Sonntag abgehalten. Nach Erledigung des Jahres- und Kassenberichts und der Neuwahl des Vorstandes und Presbiumsmitglieder referierte Genosse Demmler-Geier über die Landeskonferenz. Er sprach namentlich über die Wahlreform und die Frage der Wahlbeteiligung. Letztere bezeichnete er als das stärkste Stück Revisionismus. Auch in der Debatte kam vielfach der Widerwille gegen die Wahlbeteiligung zum Ausdruck. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Als Delegierte zur Landeskonferenz wurden gewählt Wegel-Zwönitz, Demmler-Geier und Herzger-Grießbach. Ein Antrag, die Parteibeiträge von 5 auf 15 Pf. pro Monat heraufzusetzen, wurde als unzeitgemäß abgelehnt.

**Zwickau, 23. Februar.** Der Lokomotivführer Lohse in Cunersdorf bei Kirchberg, der durch zu schnelles Fahren das Unglück bei Rothentirchen verschuldet haben soll und sich deshalb heute vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten hat, wurde am Montag pöblich verhaftet. Ueber die Gründe dieser pöblichen Inhaftnahme ist Näheres nicht bekannt. Am Sonnabend fand eine Probefahrt mit einem Zuge statt, der dieselbe Zusammenfassung wie der Unglückszug hatte. Er bestand aus 14 Wagen und wurde von dem Maschinenverwalter Franzenstein aus Zwickau und dem Bahnverwalter von Schöndelbe, Frauenheim, geleitet. Außerdem befanden sich in dem Probzuge zwei Mann vom Führerpersonal. Zweck der Probefahrt war, die Wirkung der sogenannten Heberlainbremse bei verschiedener Zuggeschwindigkeit festzustellen. Lohse ist angeklagt der fahrerlässigen Gefährdung eines Eisenbahntransports und der fahrerlässigen Tötung von Menschen.

**Magdeburg, 23. Februar.** Die städtische Schuldeputation wurde auf Anordnung des Ministeriums des Innern vom Regierungspräsidenten beauftragt, das sofortige Ausschelden der Lehrer aus dem Reustädter Konsumverein herbeizuführen, weil dessen Verwaltung in den Händen der Sozialdemokratie liege und es mit der einem Lehrer obliegenden Pflicht nicht zu vereinbaren sei, einem solchen Verein anzugehören!

**Erwerbt das Bürgerrecht!**

Dazu drei Beilagen.



Fortsetzung meines

# Grossen Räumungs-Verkaufs.

Ganz bedeutend herabgesetzte Preise  
auf sämtliche zum Verkauf kommende Herren- u. Knaben-Garderoben.

## Bruno Hildebrandt

Telephon 3428. Zeitzer Str. 24a ♦ LEIPZIG ♦ Ecke Sidonienstr. Telephon 3428.

**Grösstes Modenhaus des Südviertels.**

[9982

2 Jahre Garantie!	<b>Wecker-Uhren</b> Mk. 2.50 <b>Goldene Trauringe</b> Mk. 4.- <b>Gustav Kaniss</b> Uhrmacher. Abonnenten 10 Prozent.	2 Jahre Garantie!
		
Tauchaer Str. 6		Tauchaer Str. 6

### Konkurs-Massen-Ausverkauf

der L. Leibowitz'schen  
**Konkursmasse**

Stötteritz, Ecke Augustastraße 1

bestehend in

Normalhemden, Barchenthemden, Betttücher,  
Schlafdecken, Wischtücher, Handtücher, Strumpf-  
waren, Strickwolle

Herren-, Kinder- u. Arbeiter-Garderoben  
gelaugt

um damit schnell zu räumen  
zu Taxpreisen

**zum Ausverkauf.**

Der Verkauf findet von früh 9-12 und nachm. 2-8 Uhr statt.

**PALMIN**



übertrifft an Wohlgeschmack und Billigkeit  
alle anderen Fette. Keine Pflanzenbutter!  
Keine Margarine! — Kein Kunstprodukt!

Man fordere in allen Kolonialwaren- und  
Butterhandlungen ausdrücklich „Palmin“  
und achte auf die Originalpackung.

**Kakao,** Schokolade, feine Konfitüren, Tee, nur garantiert rein,  
von erstkl. Firmen, empfiehlt A. Michael, Schokoladen-  
Geschäft, L.-Rendnitz, Kohlgartenstr., Ecke Lillienstr.

Nur Damenkleider i. gr. Auswahl.  
Zadett, Kragen, fast neu, empfiehlt billigst  
**Frau Lory,** Barfußgäßchen 7, II.

Die leistungsfähigsten, besten  
**Strickmaschinen**

liefert zu billigsten Fabrikpreisen  
Strickmaschinen-Fabrik Arndtstrasse 37.  
Unterricht gratis. — 10 Jahre Garantie.

**Zigarren,** Zigaretten,  
Rauch-, Rau- u.  
Schmucktabak,

vorzügliche Qualitäten, größte Auswahl,  
100 St.-Kistchen schon v. Mk. 2.70 an, bei  
**H. Stöckert, Vo.,** Eisenbahnstr. 113 B.

# Letzte Woche

des

## grossen Räumungs-Verkaufs.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

# H. Reiss & Co.

Haupt-Geschäft: **Grimmaische Strasse 19,** parterre u. I. Et.

II. Geschäft: **Katharinenstrasse 13/17.**

III. Geschäft: **Täubchenweg, Ecke Breitkopfstrasse.**

Verantwortlicher Redakteur: Richard Wagner; für das Feuilleton verantwortlich: Dr. Gustav Morgenstern; beide in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Vom nationalliberalen Sumpfe.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten brachten dieser Tage eine Korrespondenz aus Dresden über die politische Lage in Sachsen, aus der der ganze Charakter des nationalliberalen Daseins hervorgeht. Erfreulich ist es da, lasse sich über die politische Lage in Sachsen nicht berichten, denn wohin man auch blickt, so könne man doch bei dem größten Optimismus nirgends einen Grund zu der Hoffnung erblicken, daß es in absehbarer Zeit besser werden könnte. Und doch habe man gerade dies mal der Tagung der Stände mit viel Vertrauen entgegen gesehen, und sich sehr viel von ihr versprochen. Die Verhandlungen im Landtage hätten auf neue die alte Lausache bestätigt, daß die Regierung abhängig sei von den Konservativen. Die Regierung wolle eine durchgreifende Reform des Wahlrechts noch in dieser Saison herbeiführen. Die Konservativen wollten die Erledigung dieser Frage von Anfang an zum mindesten verzögern, und was sie wollten, haben sie heute bereits erreicht, ja noch mehr. Berge haben gekreicht, aber niemand, der die Lage nur einigermaßen überblickt, wagt sich jetzt noch zu der schüchternen Hoffnung aufzuschwingen, daß sie später einmal, wenn der nächste oder einer der nächsten Landtage zusammentritt, auch nur das bescheidene Mäuslein gebären werden, das uns die Deutsche Tageszeitung in Aussicht stellt. Die Konservativen wollen keine durchgreifende Wahlreform. Denn sie ist nach ihrer Meinung nicht notwendig.

Auf nationalliberaler Seite, heißt es dann weiter, würden große Hoffnungen auf Annahme des Pluralwahlrechts gesetzt. Es sei jedoch vorzeitig, auch auf die Regierung gegenüber diesem Wahlsystem Hoffnungen zu setzen. Der Korrespondent will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß die Regierung für ein solches System nicht zu haben sei, sie stehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkte der Denkschrift. Ob die Nationalliberalen sie davon abbringen werden, ob sie außerdem noch in der Lage sind, unter den Konservativen genug Freunde für das Pluralwahlrecht zu gewinnen, erscheint sehr zweifelhaft, um so mehr, als sie in ihrer eigenen Partei keinen festen Rückhalt haben. Der Beschluß der letzten Hauptversammlung des Landesvereins in Dresden ist bekanntlich nicht so einheitlich gefaßt, daß man sich auf ihn berufen könnte, und die scharfen Gegensätze zwischen Rechts und Links, zwischen West- und Ostachsen, zwischen Alter und Jugend, die hier in Dresden sehr offen zum Ausdruck kamen, klingen jetzt in der Unreinigkeit, macht ein energisches Vorgehen fast unmöglich, und das allein könnte imponieren und gelegentlich wohl einmal auch die Konservativen zu einer andern Antwort als dem „Wir machen aber nicht mit“ zwingen. Aber es bleibt alles wie es war: die sächsischen Nationalliberalen lieben es nunmehr seit Jahren, mit großen schönen Worten ihren Liberalismus zu betonen. Man hat das nachgerade satt, man will endlich einmal Tatsachen sehen. Ob man sich dazu aufschwingen wird? Im Landtage ist davon noch nichts zu merken. Die rechte und die linke Hälfte einigen sich nach gelegentlichen erregteren Debatten in der Fraktion auf einem bestimmten Standpunkte: man läßt durch den offiziellen Redner möglichst verhalten seine Bedenken ausdrücken gegen die Meinung der andern Seite des hohen Hauses, mit dem man sich jederzeit einig fühlen im rechtlichen Bemühen um die Wohlfahrt des Landes, und entfremdet sich damit die Massen der Wähler draußen immer mehr.

Das ist der Nationalliberalismus in seiner ganzen Greiflosigkeit und Hilflosigkeit, gezeichnet von einem Nationalliberalen. Angesichts dieser Schilderung der politischen Lage in Sachsen und der Aufstellung des Nationalliberalismus muß man laut aufschreien, wenn man in den Leipziger Neuesten Nachrichten, die in sächsischem Nationalliberalismus machen, weiter liest: „Nach einer gesinnungstüchtigen, zielbewußten Opposition, die Leben ins Parlament bringt, die das Interesse weckt an seinen Beratungen und die Ansichten klären hilft, sehnt sich das Volk geradezu und die Regierung nicht minder.“

Die einzige Partei, die gegen die reaktionäre Politik der Regierung und der Konservativen zielbewußte Opposition macht, ist die Sozialdemokratie. Aber sie macht nicht nur Opposition gegen die Reaktion der Konservativen und der Regierung, sondern auch gegen die volksfeindliche Politik der Nationalliberalen. Deshalb hält es das Land auch mit der Sozialdemokratie. Und deshalb sind auch die Nationalliberalen mit den Konservativen für die Rechtslosmachung des Volks im Landtage eingetreten; wodurch die wirklich zielbewußte Opposition existiert und die Nationalliberalen zu Helfern der Konservativen geworden sind.

Der Nationalliberalismus hat in Sachsen ausgespielt, und soweit er existiert, wird er nur existieren als Anhängsel der Konservativen. Charakteristisch ist, daß zur selben Zeit, da der

Dresdner Korrespondent der Leipziger Neuesten Nachrichten über die Verjüngung des Nationalliberalismus sagt, in der nationalliberalen Presse gemeldet wird, daß zum Vorsitzenden des nationalliberalen Landesvereins der agrarisch gestimmte frühere Abgeordnete Gontard-Leipzig in Aussicht genommen worden sei, und daß der nationalliberale Reichsverein in seiner letzten Versammlung eine Resolution, die an die Reichs- und Landtagsfraktion abgeleitet werden soll, beschloßen habe, die sich entschieden gegen das neuerliche Abschwenken eines Teils der nationalliberalen Partei nach links ausspricht. Weiter empfiehlt die Resolution ein mäßigeres Tempo in der sozialen Gesetzgebung und verlangt die Aufrechterhaltung des Parteistills unter den Ordnungsparteien, wodurch allein Erfolg gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen erzwungen werden könnten.

Im Sinne dieser Resolution haben die Nationalliberalen immer gehandelt. Dabei ist der Nationalliberalismus Klein und die Sozialdemokratie groß geworden.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der frühere preussische Altmeister Gathel in London, der nach Begehung von Diebstahlstrafen in Höhe von 200000 Mk. geflohen war, ist jetzt in Dresden festgenommen. — Der des Mordes an seinem Vater verdächtige 23jährige Johannes Alexander Schubert hat im Chemnitzer Untersuchungsgefängnis ein Geständnis dahin abgelegt, daß er seinen Vater mit der Radehake erschlagen habe. — In einer Maschinenfabrik in Chemnitz zerbrach ein durch Dampfdruck getriebener größerer Schleifstein. Von einem Stück des Steines wurde der daran arbeitende 42 Jahre alte Schleifer Emil Wehlag zu Boden gestreift und erlitt außer inneren Verletzungen einen Halswirbelbruch, so daß der Verunglückte alsbald an Ort und Stelle verstarb. — Im Saale des Erbgerichts zu Seiffen kam es bei einer öffentlichen Tanzmusik zu einem argen Sturz. Mehrere Personen zogen das Messer und brachten 6 Personen schwere Verletzungen bei. Vier der selben wurden, sämtlich aus Steinhilbel, von denen zwei wegen Körperverletzung bereits vorbestraft sind, wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. — Der 45jährige Stuhlarbeiter Säuerich in Werbaun stieß nachts eine brennende Petroleumlampe um und erlitt so schwere Verbrennungen, daß er nach mehrwöchigen Qualen seinen Verletzungen erliegen ist. — Der aus Mittelfrohna stammende Strumpfwirker Müller stieß in Oberfrohna infolge der entzündeten Wunde aus und stieß sich ein in der Tasche getragenes sogenanntes Holzmesser berast in den Leib, daß er in kurzer Zeit starb. — Ein Schuhmacher aus Streckwalde fand auf dem Wege nach der Paradiesmühle im Pöhlatal an der Waldgrenze einen völlig nackten weiblichen Leichnam, in dem man bald die seit Donnerstag vermisste 16jährige Fabrikarbeiterin Schreiter aus Mauerberg erkannte. Der Gerichtsarzt hat festgestellt, daß Mord nicht vorliegt. Die Unglückliche, die schwermütig war, scheint sich mit Selbstmordgedanken getragen und sich ihrer Kleider selbst entledigt zu haben. Im entleerten Zustande wird sie dann von einem Schlaganfall betroffen worden sein.

**St. aus Sachsen-Weimar, 23. Februar.** Gelegentlich der Erörterung in unserm Landtage fragte der Abgeordnete Dauter ob nun die Regierung, da sie vor drei Jahren sich darüber ausgesprochen habe, in der Lage sei, darüber Auskunft zu geben, wie sie sich zu der Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Reichstagsabgeordneten stelle und ob und welche Instruktion der weimarsche Vertreter im Bundesrat in dieser Angelegenheit erhalten habe. Der Staatsminister gab darauf die Erklärung ab, daß diese Frage noch gar nicht an die Regierung gekommen sei (!) und deshalb habe sie auch dem Bundesratsbevollmächtigten noch keine Instruktionen geben können. (??) Welche Stellung die Regierung zu dieser Frage überhaupt einnimmt, darüber konnte — oder wollte der Herr Staatsminister nicht sagen. Unsere Genossen Dauter und Reidt stimmten deshalb auch gegen die für den Bundesratsbevollmächtigten eingestellten Mittel. Weiter gaben sie die Erklärung ab, aus prinzipiellen Gründen gegen die Domänenrente zu stimmen, aber dennoch müßten sie auf die Höhe dieser Summe, die mit 1020000 Mark den Kopf der Bevölkerung im Großherzogtum um 6—8 mal höher wie in andern Staaten belaste, hinweisen. Diese Summe ist bis zum Jahre 1910 festgesetzt und es fanden sich im Landtage noch Verteidiger, die es als einen Segen für das Land bezehneten, daß das Land von den Einnahmen aus den Domänen und Forsten, die früher alle der Krone gehörten, noch so viel erhielt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Februar.

**Achtung, Chinarbeiter!** In der Chinarbeitung der E. O. Richterschen Reißzeugfabrik in Chemnitz erfolgte wegen Nachregelung zweier Kollegen ArbeitsEinstellung. Es wird gebeten, Bezug zu vermeiden.

**Achtung, Kürschner!** Die Sperrten über die beiden Firmen Glienide Wwe. und Gustav Glienide, beide in Schleuditz, dauern unverändert fort. Erstgenannte Firma arbeitet mit ungelernten Arbeitern. Alle Eltern und Vormünder mögen dies beim Suchen von Lehrstellen für ihre Schutzbesohlenen besonders beachten.

**Eine sächsische „Sittlichkeitsrettung“ eigener Art** wird, wie die Frankfurter Volksstimme meldet, in Leipzig vorbereitet, und zwar gegen Genossen Dr. Michels-Markburg. Er soll gegen die berühmten §§ 171 ff. im Strafgesetzbuch, die von „Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit“ handeln, durch einen Kussaufstoß verstoßen haben, der bereits vor länger als sechs Monaten im bekannten Leipziger Magazin für Literatur, einem bürgerlichen Fachblatt, erschien. Was tat aber Michels in diesem Aufsatz? Predigte er etwa Unzucht und Amüsament zum Gebrauch agrarischer Zirkus Busch-Männer für die Nacht nach Wucherzollfundgebungen? Ach nein — Genosse Michels beging das Verbrechen, für die Moral gegen die bestehende Brautstandsmoral aufzutreten. Er geißelt die jeder Sittlichkeit und jedem feinen Empfinden Hohn sprechenden umständlichen Vorbereitungen, mit denen heute die bürgerliche Gesellschaft für Verlobte die Brautnacht umgibt. Statt daß man in der Brautnacht die junge Frau ihrem Bräutigam überliefert, wie man eine gefangene Maus dem Vater vorwirft, damit er sie verschlinge, sollten nach Dr. Michels die Brautleute vielmehr einer an der Seite des andern wie zwei getreue Freunde und gute Kameraden leben. Er verlangt statt der pflüchlichen Revolution im Geschlechtsleben eine langsame Entwicklung desselben; statt all der vielen heute üblichen Indelikatessen will er Gefühlseinfachheit. Man mag mit ihm über Einzelheiten seiner Kritik und seiner Reformvorschlüge streiten — aber wer möchte auf den Gedanken verfallen, den Verfasser wegen — Unsitte! Feit anzuklagen! Und doch ist das Unglaubliche in Leipzig, am Erscheinungsort des Aufsatzes, geschehen, der von der Verlagsbuchhandlung auch als kleine Broschüre herausgegeben wurde. Da breitet sich wieder einmal eine jener Justizaktionen vor, die für ihre Urheber zu enden pflegen mit — nun, man weiß, womit. Der Leipziger Staatsanwalt müßte denn noch im letzten Augenblick erkennen, was er anrichtet, und das Klügste tun, was er tun kann — sich zurückziehen.

**Klug und weise** ist die Leipziger Tante in der Poststraße. Sie stellt tiefgründige Betrachtungen an über die, bei der Aufstellung der Kandidatur Wöhres im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis zu Tage getretenen Gegensätze, um dann mit der folgenden geistreichen Bemerkung zu schließen:

Diese Gegensätze erklären es wohl auch, weshalb die sozialdemokratische Presse ein bürgerliches Blatt mit der Meinung von der erfolgten Ausstellung Wöhres sich hat zuvorkommen lassen.

Die Tante scheint darüber erzählt zu sein, daß ihr nicht sozialdemokratische Ertraktblätter die Kandidatur Wöhres verkündeten; denn schneller als geschehen, konnte das welterschütternde Ereignis wirklich nicht durch die sozialdemokratischen Zeitungen gemeldet werden. Wenn ein bürgerliches Blatt „zuborgekommen“ ist, so liegt das lediglich an dem Umstande, daß es morgens, die sozialdemokratischen Blätter aber nachmittags und abends erscheinen.

Ebenso geistreich ist die Bemerkung der Leipziger Zeitung über die „Ehrenrettung“ der russischen Spielwirtschaft:

Den Eindruck, daß die Sozialdemokratie in den Verhandlungen eine neue schwere moralische Niederlage erlitten hat, wird der Vorwärts mit diesen großsprecherischen gehaltenen Titeln nicht verwischen können.

Also eine „neue schwere moralische Niederlage“ hat die Sozialdemokratie im preussischen Landtag erlitten! Dieselbe Sozialdemokratie im selben Landtag, von dem sie mittels des erbärmlichsten aller Wahlsysteme ferngehalten wird!

Kleines Feuilleton.

**Lassalle und Bahlteich.** Vor einigen Tagen hat der Genosse Bahlteich im Münchner Parteiverlage eine Schrift über Lassalle herausgegeben, die von mehreren Parteiblättern, so der Schächtlinen Tagwacht und dem Vorwärts, eine abfällige Kritik erfahren hat. Wir müssen in der Sache diese Kritik als berechtigt anerkennen und hätten auch gewünscht, daß Bahlteich die Schrift lieber nicht veröffentlicht hätte. Nicht um Lassalles wegen, sondern um seiner selbst willen. Denn Lassalles Andenken wird durch Bahlteichs Angriffe nicht geschädigt werden, es set denn, daß die gegnerische Presse sie ausschlägelt, um an dem toten Lassalle noch einmal ihr Mühen zu fühlen, woran ja nicht viel gelegen ist. Wohl aber stellt sich Bahlteich selbst in einer Weise dar, die, wie den genannten Parteiblättern, so auch jedem Leser das bekannte Wort auf die Lippen drängen muß, vor dem Kammerdiener gebe es keine Selben.

Von den acht Kapiteln der Schrift — sie führt den Titel: Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, umfaßt 86 Seiten und kostet 1 Mk. — macht namentlich das dritte, das Lassalles Hauslichkeit schildert, einen unerquicklichen Eindruck. Wir wollen hier nicht an Jean Pauls verfliegene Wort erinnern: Wen die Sonnennähe eines großen Mannes nicht in Flammen und außer sich bringt, der ist nichts wert, aber immerhin — wer das Glück gehabt hat, einige Monate im nächsten Verkehre mit Lassalle zu leben, und dann nach vierzig Jahren nichts weiter vorzubringen weiß, als einen erbärmlichen Kleintram über Lassalles Köchin zc., der stellt sich selbst nicht eben das günstigste Zeugnis aus. Mit den Mitteln, die Bahlteich anwendet, kann man von jedem bedeutenden Mann ein Zerrbild entwerfen; man kann Goethe als einen Menschen schildern, der mit seiner Köchin in wilder Ehe lebte — was am Ende noch schlimmer war, als wenn Lassalles Köchin nach Bahlteichs Andeutung mit einem Dritten in wilder Ehe gelebt hat — oder Lessing als eine Spielratte und einen Schuldenmacher, der seine Amtspflichten in der unverantwortlichsten Weise vernachlässigt habe. Daß Bahlteich zu Mitteln der Unschönwörterung gegriffen hat, wie sie unredliches Wissen selbst von den erbittertesten Gegnern Lassalles bisher verschmäht worden sind, ist im höchsten Grade zu bedauern.

Aber wir glauben Lassalles Andenken gegen die Verunglimpfungen, die ihm Bahlteich zufügen möchte, nicht wirblicher schützen zu können, als indem wir den Angreifer, so wenig wir

sein Verfahren billigen können, doch zu verstehen suchen. Und man versteht Bahlteichs Art am besten aus dem ersten Kapitel seiner Schrift, dem ansprechendsten von allen. Bahlteich schildert hier, wie er sich aus dem veränderten Junsthandworte — er war Schumacher — an der Hand Weillings zum rührigen Sozialisten emporgearbeitet hat, was für die Zeit vor vierzig Jahren eine sehr respektable Leistung war. Speziell die Leipziger Leser werden in diesem Kapitel manches Interessante finden. Aber so verblüffend die damalige Tätigkeit Bahlteichs war, namentlich auch als Vorsitzender des Zentralkomitees zur Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses, so erwies er sich der Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen, als das Zentralkomitee durch die Umtriebe der noch allmächtigen Bourgeoisie lahmgelegt wurde. Die näheren Umstände kann man in der Festschrift der Leipziger Arbeiter zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nachlesen. Es geriet dem Zentralkomitee und seinem Vorsitzenden in keiner Weise zum Vorwurfe, daß sie einer überaus schwierigen Aufgabe nicht genügen konnten, vielmehr geriet es ihnen zum Ruhm, daß sie deshalb nicht die Finte ins Korn warfen, sondern sich an Lassalle um Hilfe und Rat wandten. Allein den Anlaß dazu gab nicht Bahlteich, sondern Dammer, der zweite Vorsitzende des Zentralkomitees, und daß Lassalle nun fertig brachte, was Bahlteich — ohne seine Schuld — nicht fertig bringen konnte, das ist das große Verdorben Lassalles, das ihm Bahlteich noch immer nicht vergeben kann. Jedoch das Verdorben, das in diesem starken Selbstbewußtsein liegen mag, wird eben dadurch beseitigt, daß Bahlteich nicht ohne Grund auf seine Leistungen stolz sein konnte.

In seiner Schrift stellt er seinen Streit mit Lassalle so dar, als habe er dabei das Ziel verfolgt, Lassalles verhängnisvollen Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu brechen und namentlich den von Lassalle beabsichtigten Verrat der Arbeiterschaft an Lassalle zu verhindern. Er schreibt: „Ich war der einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte; ich war auch der einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“ Diese Kunde über Bahlteich aus französisch geführten Unterhaltungen zwischen Lassalle und der Gräfin Hagfeld geschöpft haben. Die heutzutage geschriebenen Akten des Konflikt Lassalle-Bahlteich lauten freilich etwas anders.

Bekanntlich fand der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zunächst sehr geringen Anklang unter den Arbeitern. Bahlteich schlug

nun am 1. Juli 1868 als Sekretär des Vereins dem Vorsitzenden Lassalle vor, die Bevollmächtigten anzuweisen, der Dessenlichkeit gegenüber die Mittelbedarfsliste auf 10000 anzugeben. Darauf antwortete Lassalle: „Sie können die Bevollmächtigten nicht auffordern, von 10000 Mann zu sprechen, während wir vielleicht nicht 1000 haben. Man kann schweigen über diesen Punkt. Aber lägen schiedlich für uns nicht.“ Am 25. August schlug dann Bahlteich vor, den Verein zu bezentralisieren, den Mittelbedarfsliste und geistige Unterhaltung zu bieten; mit einem Worte: die Organisation in den einzelnen Städten müßte der der Bildungsvereine ähnlich gemacht werden.“ Nun waren die fortschrittlichen Bildungsvereine mit ihrer „geistigen und geistigen Unterhaltung“ gerade ein Mittel, die Arbeiterklasse politisch zu entnerven, und so sah Lassalle in Bahlteichs Vorschlag einen schädlichen Vorwand, den Verein aufzulösen, wenn er denn aufgelöst werden mußte. Er antwortete darauf: „Den Verein auflösen, wie Sie sagen? Ganz unmöglich! Dazu ist die Zeit, die verfloßene, viel zu kurz. Noch ist nicht einmal der Winter vorübergegangen. Dann wäre der Schade für unsere Nation und Partei ja viel zu groß! Man müßte sich ja die Augen aus dem Kopfe schämen. Endlich wäre es bei den gegenwärtigen politischen Zuständen ein immenser Fehler!“ Die Erinnerung an diesen Briefwechsel läßt Bahlteich in seiner Schrift zu dem Sage zusammen, er habe damals gemerkt, „daß Lassalle nicht für die Arbeiter, sondern lediglich für sich arbeitete und, jederzeit bereit war, den Verein aufzulösen oder im Stiche zu lassen, wenn das in seinem persönlichen Interesse lag“.

Im Herbst 1868 siedelte Bahlteich von Leipzig nach Berlin über, wo er in Lassalles Hause die schon erwähnten Beobachtungen machte und die französisch geführten Unterhaltungen mit der Gräfin Hagfeld hörte. In „dieser sehr schwierigen Lage“ bemühte er die „erste Gelegenheit“, um seine Stellung als Sekretär des Vereins zu kündigen. Im Januar 1864 wurde ihm von Lassalle ein Urlaub auf einige Tage verweigert. „Ich erklärte, daß ich dann ohne Urlaub ausbleiben würde, worauf er mir mit Regutierung durch die Polizei drohte. So war denn der Grund der Kündigung gegeben.“ Weßhalb Lassalle den Urlaub verweigerte, sagt Bahlteich nicht, er meint nur, zu dieser Verweigerung habe „gar kein Grund“ vorgelegen. Immerhin kann man sich einen Grund denken, wenn man sich erinnert, daß Lassalle gerade im Anfange des Jahres 1864 neben einer erdrückenden Korrespondenzlast für den Verein einen Hochverratsprozeß und ein halb Duzend andere Prozesse zu führen hatte, namentlich aber eben die letzte Hand an den Bastian-Schulze



Die mutigen Reglerungsvertreter hatten sich im preussischen Landtage, wo sie sicher waren, daß ihnen kein Sozialdemokrat das Konzept verderben konnte, eine Anfrage gestellt, die ihnen Gelegenheit gab, die Sozialdemokratie „moralisch“ zu vernichten. Wie es mit der „Niederlage“ steht, wird die kluge Lanke demnächst bei der Lektüre der Reichstagsberichte wohl gewahrt werden.

**k. Die Ueberfüllung des ärztlichen Berufes** ist unter den sogenannten gebildeten Kreisen so bekannt, daß die Zahl der Medizin-Studierenden jetzt stark im Rückgang begriffen ist. Nach den amtlichen Aufstellungen betrug die Zahl derselben

im Jahre	bei der Universität Leipzig	auf allen deutschen Universitäten
1894/95	727	7796
1896/97	677	7806
1898/99	643	7947
1900/01	594	7181
1902/03	496	6898
1903/04	445	6079

Hieraus hat die Zahl der angehenden Ärzte, unter denen sich auch ein kleiner Teil Ausländer befindet, in den letzten zehn Jahren um 1724 abgenommen. Trotzdem ist aber der verbleibende Zuwachs, den alljährlich der ärztliche Stand erfährt, noch ein verhältnismäßig sehr großer. Wir haben zurzeit ca. 30000 Ärzte in Deutschland, die wir zweifellos bei weitem nicht brauchen würden, wenn die Ärzte Staatsbeamte wären.

**Der Kampf der Krankenkassen in Köln gegen Ärzte und Regierung.** Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat sich in seiner letzten Vorstandssitzung sehr entschieden gegen die Maßnahmen der Regierung in Sachen des Kölner Krankheitsversicherungsgesetzes ausgesprochen. Der Vorstand erblickt „in der behördlichen Maßregel einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen“, und er beschuldigt die untere Verwaltungsbehörde, das Bürgermeisterrat, daß sie über die Verfügung der Regierung hinausgegangen sei; sie habe in die Rechte auch solcher Klassen eingegriffen, bei denen die Voraussetzungen der Regierungsverordnung nicht vorliegen. Eine „hinreichende Anzahl geeigneter Ärzte“ hätten jedenfalls diejenigen Betriebskrankenkassen, die nach wie vor die nämliche Anzahl von Ärzten hätten. Der Vorstand erklärte weiter — was bei einem Scharnhörnerverband breisack ins Gewicht fallen muß — in dieser Frage bestreite keinerlei Gegenstand oder Unterschied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie gegenüber dem in der Öffentlichkeit gemachten Versuche, die Bewegung gegen die Regierungsverordnung als eine parteipolitische hinzustellen, ausdrücklich hervorzuheben sei; beide Teile arbeiteten hier vollkommen einträchtig zusammen. Es müsse sehr bedauert werden, wenn selbst Behörden und Reichstagsabgeordnete (Müglberg, Mugdan, Trimborn) sich durch die alles Maß überschreitende Agitation aus ärztlichen Kreisen zu einer solchen Auffassung der Dinge bestimmen ließen, wenn namentlich auch von der Tribüne des Reichstags aus, unzutreffende Behauptungen erhoben würden, die nur auf falsche Unterstellung von einer Seite zurückgeführt werden könnten, die ein Interesse daran habe, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu diskreditieren. Das größte Mergernis habe bei den Krankenkassenmitgliedern jedenfalls der Umstand erzeugt, daß durch den Vertragsbruch einer Anzahl noch bis zum Frühjahr verpflichteter Krankenkassen die angebotene Kollage der Kassen erst geschaffen wurde, die der Aufsichtbehörde eine Handhabe zur Sequenzierung der Kassen und zur Durchsetzung der einseitigen ärztlichen Forderungen bot. Dies Mergernis habe auch von den Arbeitnehmern um so tiefer empfunden werden müssen, als zweifellos feststehe, daß verschiedene Kassen mit einer Anzahl einwandfreier Ärzte vertragsmäßig versorgt gewesen seien.

**Was eine Uebertretung des Kinderschutzes kosten kann.** Das Gesetz unterscheidet fünf Stufen: Bis 20 Mark bezieht der Arbeitgeber, wenn er ein Kind ohne Arbeitskarte annimmt; bis 30 Mark, wenn er von der dauernden Beschäftigung eines Kindes in seinem Betriebe der Ortspolizei keine Anzeige erstattet; bis 150 Mark, wenn fremde wie eigene Kinder bei verbotenen Beschäftigungen angetroffen werden (im Falle der gewohnheitsmäßigen Zuwiderhandlung Haft); bis 600 Mark, wenn er die Sonntagstraße der Kinder durch Uebertretung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit verletzt, wenn er nach ergangenem Verbot Kinder in Gast- und Schankwirtschaften verwendet (bei gewohnheitsmäßiger Uebertretung Haftstrafe); bis 2000 Mark, wenn er Kinder unter zwölf Jahren beschäftigt oder andre über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus, wenn er Kinder bei Schulaufstellungen mitwirkt, wenn er Kinder und Mädchen unter zwölf Jahren Gäste bedienen läßt (im Falle der gewohnheitsmäßigen Zuwiderhandlung tritt Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten ein).

**Vorsicht.** Unserem Chemiever Parteilblatt schreibt man aus Nidderhain: In allen Zeitungen werden Annoncen von dem Fischgeschäft E. Degener in Steinmünde veröffentlicht. Auf Bestellung erhält ich nun eine Sendung, die in einer Kiste von 18 1/2 Zentimeter Breite, 4 1/2 Zentimeter Länge und 7 1/2 Zentimeter Höhe verpackt war. Die Sendung bestand in 42 Sprossen, 16 Pöcklingen, die sich in der Größe von den Sprossen nicht viel

unterscheiden, 3 Bratheringen, in Papier gepackt, 1 Dose Rollmopfe (Durchmesser der Dose 1 1/2 Zentimeter, Höhe 4 1/2 Zentimeter), 1 Dose Delikatess-Berlinge, die ebenso groß war, Dose Oelfarbinen für 60 Pfg., 1 Dose N.-Kaviar, insgesamt 1/4 Pfd. (Dose hat das meiste Gewicht), 3 Stück Kafe, so stark wie ein Finger und 27 Zentimeter lang, und 1/2 Pfund Lachs. Alles zusammen für 5 Mark. Das Publikum mag nun selbst ausrechnen, ob dieser Inhalt dem Preise entspricht.

**Ein Oberlehrer des hiesigen König Albert-Gymnasiums,** der Dr. phil. Arno Dunker, gebürtig aus Chemnitz, ist dieser Tage, wie der Frankfurter Zeitung von hier gemeldet wurde, wegen Stillhaltensverbrechens, begangen an ihm anvertrauten Kindern, verhaftet worden.

**Verpflichtung der Gemeindeglieder als solcher in den Landgemeinden.** In dem Geschäftsbericht einer sächsischen Amtshauptmannschaft war erwähnt, daß die im § 15 der Rev. Landgemeindevorordnung vorgeschriebene Verpflichtung der Gemeindeglieder in den meisten Landgemeinden nicht vorgenommen werde und daß die Amtshauptmannschaft angefaßt dessen, daß die Bevölkerung dort so vielfach wechselt, vorerst noch davon abgesehen habe, auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften auf Aufsicht wegen zu bringen. Das sächsische Ministerium bemerkt in einer hierzu erlassenen Verordnung, daß es, ganz abgesehen davon, daß die Nichtbefolgung präzeptiver gesetzlicher Vorschriften an sich nicht angänglich erscheine, aus verschiedenen Gründen Wert darauf lege, daß die Ubnahme dieses Gelübnisses auch für die Zukunft erfolge. Die vom Ministerium wohl anerkannten Schwierigkeiten, die sich in den Vorortsgemeinden großer Städte der Durchführung dieser Maßnahme öfters entgegenstellten, könnten keinen genügenden Grund abgeben, von der Durchführung der gesetzlichen Vorschriften Abstand zu nehmen, wie denn auch diese Bestimmung der revidierten Landgemeindevorordnung in vielen Vorortsgemeinden ohne Schwierigkeiten gehandhabt werde.

**Einen Mordversuch** verübte heute vormittag der am 11. Juli 1858 in Büschena geborene Arbeiter Otto Christoph Richard Bier an seiner früheren Wittin, der am 25. Juli 1877 in Wuzerla geborenen, in L.-Linbenau, Bismarckstraße 44 wohnenden Schneiderin Marie Martha Volkman geb. Schwarz, indem er auf die Frau in deren Wohnung, wo er erschienen war, einen Revolver schuß abgab. Alsdann versuchte sich Bier durch einen Schuß in den Kopf selbst zu töten. Bier hat die Frau getroffen, anscheinend aber nicht lebensgefährlich, auch soll die Verletzung, die er sich selbst beibrachte, nicht gefährlich sein. Frau Volkman wurde in das Pflanzgarten Krankenhaus, Bier aber in das städtische Krankenhaus gebracht. Die Veranlassung zu dieser Revolver-Affäre ist noch nicht genau festgestellt.

**In der Siederei Krauseschen Maschinenfabrik in L.-Anger-Crottendorf** sprang gestern nachmittag, jedenfalls infolge des Explosionsens angeflammter Gase, die Tür eines Schmelzofens auf, so daß die glühendflüssige herausspritzte Masse und die gegenüberliegende Ausgangstür, die Türverkleidung und mehrere Holzschränkchen traf und in Brand setzte. Mehrere Arbeiter, die in der Nähe standen, wurden von dem Lufdruck der Seite geschnitten, zum Glück aber von dem flüssigen Eisen nicht getroffen. Der entstandene Brand ist sofort unterdrückt worden, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht in Tätigkeit kam.

**Unfälle.** Auf der Eisenbahnstraße in L.-Volkmarisdorf stieß gestern nachmittag ein Fleischgeschirr mit einem Motorwagen zusammen. Beide Wagen wurden beschädigt, auch wurde das Pferd des Fleischgeschirrs leicht verletzt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. — Ein weiterer Zusammenstoß erfolgte gestern nachmittag in der Münzberger Straße zwischen einem Motorwagen und einem mit Dünger beladenen Lastgeschirr. Dabei wurde der Motorwagen muerheftlich beschädigt. — Auf der Blücherstraße und auf der Harforfstraße kamen gestern nachmittag die Zugpferde zweier Geschirre zu Falle. Um die Tiere auf die Weine zu bringen, mußte die Feuerwehr eingreifen. — Von einem Ohnmachtsanfall wurde heute früh ein 35 Jahre alter Kontorist aus Stütz auf der Burgener Straße betroffen. Der Erkrankte hat sich beim Hinfallen eine Stirnverletzung zugezogen und mußte in seine Wohnung gebracht werden.

**Keine Polizeinachrichten.** Ein Dieb wurde in einem Lokal am Grimmaischen Steinweg dabei abgefaßt, als er die

gutgefüllte Sparbüchse einer akademischen Vereinigung entwendete. Der Spiehdieb, ein schon oft bestraffter, 38 Jahre alter Handlungsreisender, wurde in Haft genommen. Im Besitze des Besagten wurden 6 zusammengeheftete Geldstücke und 4 Fehlschweife vorgefunden, die jedenfalls auch von Diebstählen herrühren.

Als Kassierer eines Vergnügungsvereins begriff sich ein 20 Jahre alter Schlosser von hier an den ihm anvertrauten Geldern, weshalb er zur Verantwortung gezogen wurde.

In einem größeren Geschäft der inneren Stadt beging ein 26 Jahre alter Markthelfer von hier zahlreiche Waren diebstähle. Der Dieb wurde in Haft genommen. Die gestohlenen Waren hat er unter dem Preise an einen Uhrmacher und einen Restaurateur verkauft. Letztere werden sich daher wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Ein Heberzieherdieb, der aus mehreren hiesigen Cafés Heberzieher stahl und diese verkaufte, wurde in der Person eines 17jährigen Schülers aus Czacz in Posen dingfest gemacht. Gestohlen wurde aus einem Neubau der Fortstraße in L.-Blagowij ein eiserner Regulier-Füllföfen. Ferner entwendeten Diebe in der Nacht zum Montag aus einem Garten am Windmühlentwege zwei junge Ziegen und vier grau- und gelbgefärbte Fühner, aus dem Treppenhause eines Grundstücks der Stephanstraße einen dunkelgrauen Winterüberzieher mit schwarzem, weißgestreiftem Futter und der Firmenbezeichnung Karl Weher, und aus einem Geschäftslokal der Dresdner Straße nach Zertrümmern der Schausenfterhebe eine Anzahl Fahrradventilen, darunter mehrere Rechenlaternen, ein Zyklometer, eine viereckige Fahrradtasche mit der Bezeichnung Hebelrad, Köln a. Rh., sowie verschiedene andre Sachen. Nach den vorliegenden Blutspuren scheint sich der Dieb verlegt zu haben.

**Aus der Partei.**

Die Parteipresse äußert sich nahezu einmütig sehr abfällig über die Aufstellung Göhres im 20. sächsischen Wahlkreis. Die Frankfurter Volksstimme und die Königsberger Volkszeitung schließen sich in der Hauptache den Bedenken an, denen Siedermann auf der Konferenz Ausdruck gegeben hatte, die Thüringer Tribüne will Göhre nur unter der Voraussetzung akzeptieren, daß er sich auf den Boden der Dresdner Resolution zur Taktik stellt, die Bremer Bürgerzeitung meint, die Aufstellung Göhres werde in der ganzen Partei unliebsames und peinliches Aufsehen erregen. Die Märkische Volksstimme aber schreibt: Uns kommt dieses Vorgehen, offen heraus gesagt, überaus indisch vor. In Mittweida-Burgstädt hatten die Genossen eine bessere Empfindung für die Würde der Partei; ihnen fiel es nicht ein, Göhre wieder aufzustellen, nachdem er in übertriebener Empfindsamkeit das Mandat von sich geworfen hatte. Schließlich darf man sich aber über nichts wundern, was im Verbreitungsbezirk der Chemnitzer Volksstimme geschieht.

Auch das Harburger Volksblatt wendet sich scharf gegen Göhre:

Nach unfree Meinung ist Göhre — bei aller persönlichen Hochachtung, das sei ausdrücklich betont — nicht der Mann, der das Vertrauen zu rechtfertigen vermag, das ihm entgegengebracht wird. Und noch eins: Hat er bisher mit Mithrasen in der Partei zu kämpfen gehabt, so darf er ja nicht glauben, daß dies in Zukunft besser werden wird, denn zu all den Umständen, die ihm bisher seine Position erschwerten, und zu all den Vorwürfen, die ihm und seinem durchaus nicht immer einwandfreien Verhalten gemacht wurden, wird noch der eine hinzukommen: daß er Mandatsjägerie getrieben habe. Und der wiegt schwer in den Kreisen der Partei, das wird er selbst am empfindlichsten spüren. Die Gelegenheit, sich mit einem Schläge einen großen Teil des geschwundenen Ansehens und Vertrauens in der Partei wiederzugewinnen, hat er mit der Kurzsichtigkeit, die ihn seither schon ausgezeichnete, übersehen: sie bestand darin, daß ihm dargereichte Mandat zurückzuweisen.

**Von Nah und Fern.**

Hochwasser.

**Breslau, 23. Februar.** Aus Oberschlesien wird ein Steigen der Oder gemeldet. In Ratibor betrug der Wasserstand heute früh 4,73 Meter. Auch die Oppa, Olsa, Klodnitz und Hohenploh steigen. In Deutsch-Rasselwitz stand die Hohenploh heute 8 Uhr morgens auf 1,40 Meter.

**Büßburg, 23. Februar.** Infolge des anhaltenden Regens steigt der Main abermals, der Obermain ist über die Ufer getreten. In Baunach beträgt der Wasserstand 3,91, in Büßburg 2,29 Meter; der Main steigt anhaltend weiter, aus Bamberg wird vom Obermain rapides Steigen gemeldet, über Nacht ist das Wasser um zwei Meter gestiegen. Das Obermain-Tal ist überschwemmt.

legte, dessen Vorrede vom 16. Januar datiert ist. Auch Lassalle hat sich nicht über seine Gründe ausgelassen, sondern teilte am 11. Januar den Vorstandsmitgliedern durch ein Zirkular mit, Wahlrecht habe seine Stellung zum 1. Februar gekündigt, weil ihm ein für den Zweck, seine Frau zu besuchen, nachgekaufter Reiseurlaub nicht bewilligt worden sei. Diesem Zirkular, das Wahlrecht zu expedieren hatte, legte er in seinem und ohne Lassalles Vorwissen ein anderes bei, worin er sich weber über den Verrat Lassalles noch über die angebotene Requirierung der Polizei beschwerte, sondern nur über die Behauptung, die er seit längerer Zeit von Lassalle zu erfahren habe. Davon erzählt Wahlrecht nichts in seiner Schrift. Wohl aber ist Lassalle später in einem Briefe an Dammer mit folgenden Worten auf die Sache zurückgekommen: „Wahlrecht brühte mir, als er fortging, scheinbar mit großer Aufrichtigkeit, seine große Neue über sein Jhnen noch erinnerliches Zirkular an die Vorstandsmittelglieder aus und war sehr froh, daß ich es ihm verzeihe. Ich sagte ihm zwar, ich würde noch infolge dieses Zirkulars gezwungen sein, eine Schilderung des wirklichen Hergangs, welcher der Grund seines Austritts bildete, an die Vorstandsmittelglieder gelangen zu lassen, und er erklärte auch, daß, so leid ihm dies sei, er doch vollkommen begreife, daß ich dies tun müsse. Ich habe es nichtsdestoweniger unterlassen, weil es mich bei meiner vielbeschäftigten Zeit anseht, erst noch auf persönliche Geschäften Zeit zu verwenden.“

Nach seinem Rücktritt von der Sekretärstellung ging Wahlrecht nach Dresden, wo ihn Lassalle zum Bevollmächtigten einsetzte, ihm also nach wie vor sein Vertrauen bezeugte. Aber auch jetzt anfertigte Wahlrecht für die Dezentralisation des Vereines, nach dem Muster der fortschrittlichen Bildungsvereine, obgleich er damit sogar gegen den Wortlaut der Statuten verstoß, die für drei Jahre jede Aenderung der Organisation ausschlossen. Darüber gelangten verschiedene Klagen an Lassalle u. a. auch von Dammer, dem damals intimsten Freunde Wahlrechts, den er auch noch in seiner neuesten Schrift sehr lobt. Dammer schrieb an Lassalle: „Von Wahlrecht möchte ich nicht behaupten, daß er intrigant; ich weiß nur, daß er an einige ihm befreundete Arbeiter Briefe geschrieben hat, die wohl jedenfalls besser umgeschrieben geblieben wären. Ich habe diese Briefe nicht gelesen und in einem Privatbriefe an Wahlrecht habe ich seinen Schritt Ihnen gegenüber entschieden getadelt und ihm eins für allemal zu verstehen gegeben, daß er bei mir keinen Anhang finden würde, wenn er seine persönlichen Ansichten über Sie mir mitteilen wollte. Seitdem habe ich mit Wahlrecht Briefe gewechselt und weiß eben nur, daß er mit Ihnen sehr unzufrieden ist. Wahlrecht ist ein sehr

stolzer Mann, der es nicht vertragen kann, daß man seine Ansichten und Handlungen nicht als unbedingt weise betrachtet.“

Bekanntlich endete der Streit damit, daß Lassalle in einem heftigen Zirkular die Kabinetsfrage stellte und einen Antrag auf Ausschließung Wahlrechts aus dem Vereine prooozierte. Dieser Schritt Lassalles, und namentlich die Art, wie er ihn ausführte, ist von jeher scharf getadelt worden, so von Bernstein in seiner Lassalle-Ausgabe, so auch von dem Schreiber dieser Zeilen in seiner Parteigeschichte. Wahlrecht kann sich in seiner Weise darüber beklagen, daß sein Streit mit Lassalle von irgend wem unbillig beurteilt worden sei. Wenn er aber anerkennt zu leben wünscht, daß er damals der einzige Mann auf der Hochwacht der Prinzipien gewesen sei und somit in Lassalle einen Parteischädling habe bekämpft müssen, so geht dieser Anspruch zu weit.

Daß Wahlrechts Schrift nichts Neues an tatsächlichen Material bringt, wollen wir ihr gern verzeihen, wenn sie nur nicht zu viel Altes an tatsächlichen Material verschwiege. Aber es ist begreiflich, daß, wenn man sich vierzig Jahre in eine Rolle hineingelegt hat, die man einmal gespielt zu haben glaubt, alle diese Rolle störenden Elemente von selbst aus dem Gedächtnisse verschwinden. In dieser Beziehung ist Wahlrechts Schrift nicht minder verständlich, als darin, daß all ihre Irrungen am letzten Ende aus realen Densiten entsprungen sind, die der Verfasser vor vierzig Jahren der deutschen Arbeiterbewegung geleistet hat.

**Altes Theater.** (Der Bettelstudent.) Der größte Treffer der Straußschen Operettenschule war wohl Karl Müllers Bettelstudent. Als er 1882 in Wien erschien, muß es ein durchschlagender Erfolg gewesen sein. Seine Lieder, Walzer und Märsche fanden die größte Verbreitung und wurden zum Teil direkt zu wahren Volksliedern. Oberst Odenborschs schmachtendes Walzerrefrain: Ach, ich hab' sie ja nur, Jans Lied: Ich knüpfte manche zarte Waid, das Duett: Nur das eine Blut' ich dich: Liebe mich u. a. wird sich jedermann noch heute erinnern, gespielt, gefungen oder gewiffen zu haben, auch wenn er die Operette selbst, der diese Weisen entstammen, niemals auf den Brettern gesehen haben sollte. Diese Volksliedlichkeit veranlaßt der Bettelstudent in erster Linie dem äppig blühenden Melodietalent Müllers. Johann Strauß ist seiner und charakteristischer, auch harmonisch und im Sag interessanter, aber an breitgedrungener Melodik, an Fülle und Freudigkeit des Klanges fehlen die Müllerschen Weisen, obwohl allgegenwärtig gehalten und (im Bettelstudenten wenigstens) ohne Vorkolorit hinter den feinigten kaum zurück. Dazu kommt im Bettelstudenten ein

romantisch spannendes, mit amüsanten Gesellschaftsatire durchsetztes Libretto.

In der Rolle der Komtesse Laura Romalska begann gestern Fräulein Lilly Segall vom Breslauer Stadttheater, eine neue Bewerberin um das Rollenstück von Frau Siegmann-Wolfs, ihr Gastspiel auf Engagement. Diese Figur ist eine amüsante Satire auf den verhungerten politischen Adel, dessen hochmögiger Stolz noch größer ist als seine Armut. In Haltung und Erscheinung kopierte Fräulein Segall — eine schlanke, elastische Bühnenfigur — die Komtesse nicht abel. Aber im Dialog fiel sie häufig aus der Rolle, indem sie anstatt einer Aristokratin eine kleinherrliche Soubrette gab. Vor allem aber war gefanglich und stimmlich mit dem Gaste wenig Staat zu machen. Das Organ klingt durchaus nicht frisch, in der Mittelage blechern, in der Höhe durchdringend scharf, und die Stimmbehandlung und Atemführung ist nichts weniger als vernünftig, geschweige denn künstlerisch. Die Aufnahme, die Fräulein Segall beim Publikum fand, war geteilt. Es scheint, daß die Direktion und bei der Besetzung von Frau Siegmann-Wolfs Rollenstück durch Vorführung falscher Rekruten unterhalten will.

D-z.

**Theaternachrichten.** Rose Bernd, Gerhart Hauptmanns ergreifendes Schauspiel, wird morgen im Neuen Theater wiederholt. Am Freitag gastiert der Oberregisseur des Berliner Hoftheaters, Herr Max Grube, in der Titelrolle von Shakespeares gewaltiger Tragödie König Richard III. Für die Vorstellung gelten die Schauspielpreise. — Im Alten Theater erscheint morgen die unverwundliche Fledermaus, worin Fräulein Lilly Segall vom Stadttheater in Breslau als zweite Gastrolle die Rosalinde singt und am Freitag Heubergers Operette Der Opernball. — Alfred Kallers kleine Oper Verschleierte erlebt am Sonnabend im Neuen Theater seine deutsche Uraufführung und ist besetzt mit Fräulein Gerblint (Juanita) und Herrn Karl Groß (Belasquez). Textbücher sind an der Kasse zu haben. — Die Direktion hat Rudolf v. Schottkalls neuestes Werk, das Lustspiel So geht man seine Schulden, zur Uraufführung angenommen und wird es noch im März herausbringen.

Im Leipziger Schauspielhaus wird morgen als Klassiker-vorstellung zu halben Preisen Grillparzers dramatisches Märchen Der Traum ein Leben aufgeführt. Am Freitag wird außer Abonnement Philippis Schauspiel Das dunkle Tor wiederholt. Für Sonnabend ist im 27. Freitagssabonement die Uraufführung von E. Härtlings vieraktiger Komödie Ehrsame Leute angelegt. Am











„Patriotische Manifestationen“ in Rußland.

Aus Rußland wird uns geschrieben: Rußland droht unter „patriotischen“ Kundgebungen förmlich zu erstickeln. „Manifestationen“ auf den Straßen, in den Stadtbürokratenversammlungen, Vorkomitees, und in der Staboffiziersgesellschaft...

Die Revolution ist tot. Und in himmlischer Reinheit und Anbetungswürdigkeit werden über dem heiligen Rußland in alle Ewigkeiten Anruferinnen und Anrufer in Hunderten die Straßen — es sind wie die Nalwoje Wrenja unvorzüglich genug konstatiert...

In der gegenwärtigen Krise arbeitet die Regierungspresse mit noch nicht dabeigewesener Unberührtheit: Ihre Kolportage und Ausrufer durchziehen in Hunderten die Straßen — es sind wie die Nalwoje Wrenja unvorzüglich genug konstatiert...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

Die patriotischen Kundgebungen unter den Stadtvätern anbelangt, so waren diese von den Gouverneuren anbefohlen; ebenso ist es mit den Semstwow bestellt, und das eine Beispiel der Aufföhrung des Moskauer Gouvernementssemstwow...

das die erste Etappe der Erregung abgeschlossen ist. Es beginnt die Arbeit der Vernunft, und wir haben bereits Anzeichen dafür, die recht viel zu versprechen scheinen. Durch die falsche Vorgefertigungsmasse bringt bereits eine abfällige Beurteilung der Heeresleitung und der Regierungsmassnahmen überhand...

Reichstag.

40. Sitzung, Dienstag, den 23. Februar 1904. 1 Uhr Am Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Zunächst wird das Gesetz betr. den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen (für sechs Monate nach Eröffnung der Ausstellung), in erster und zweiter Lesung debattiert...

Dazu beantragt die Budgetkommission, daß die verbündeten Regierungen Mahregeln zur Vermeidung von Umleitungen des Güterverkehrs treffen mögen. — Eine Resolution Auer und Genossen verlangt die Einführung der Reichseisenbahngemeinschaft.

Bei den Ausgaben nimmt das Wort Abg. Gröber (Zentr.): Der Kommissionsantrag ist hervorgegangen aus der Beobachtung des illoyalen Konkurrenzkampfes der einzelnen Eisenbahnverwaltungen...

Auf der schwäbischen Eisenbahn gibt es viele Haltstationen; Aber, es ist doch zu dumm: Alles fährt halt drauße rum!

(Große Heiterkeit.) Ein besonderes Gesetz ist nicht nötig. Wir verlangen nur die Durchführung der Reichsverfassung. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident des Reichseisenbahnnamts Schulz: Es handelt sich bei den Umleitungen nur um die Wahrung des eigenen finanziellen Vorteils der einzelnen Staaten. Das Reichseisenbahnnamt, dem Beschwerden bisher übrigens nicht zugegangen sind...

Abg. Silberbrand (Soz.): Das Reichseisenbahnnamt ist nicht das geworden, was man von ihm seinerzeit erwartet hatte. Die Verkehrseinheit, die eine natürliche Folge der Volkseinheit sein sollte...

Abg. Gröber (Zentr.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Silberbrand (Soz.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Gröber (Zentr.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Silberbrand (Soz.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Gröber (Zentr.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Silberbrand (Soz.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Gröber (Zentr.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

Abg. Silberbrand (Soz.): Die Tarifveränderungen, die in einigen Staaten eingeführt sind, sind der Bevölkerung des Reichs nicht zugute gekommen. Die einzige Verbesserung in Preußen, die plötzliche Verlängerung der Nichtfahrarten auf 45 Tage...

nicht den richtigen Weg einschlagen werde. So wurde auch 1870 im württembergischen Landtag ein Antrag mit parlamentarischer Tendenz angenommen. — Seitdem ist trotz aller technischen Fortschritte die allgemeine Entwicklung nicht zur Höhe gekommen...

In der württembergischen Kammer wurde von einer Seite angeregt, zu untersuchen, ob Preußen nicht geneigt sei, mit Württemberg in eine ähnliche Eisenbahngemeinschaft zu treten wie mit Hessen...

Zu schlicke mit einem Worte Karlort, des begeisterten Vorlämpfers der Eisenbahneinheit: „Das Volk ist nicht der Eisenbahn wegen da, sondern umgekehrt! Die Kleinststaaten mit ihren zerstückelten Schienenwegen müssen sich einem geregelten, allgemeinen volkswirtschaftlichen Verbande anschließen...

Abg. Dr. Hieber (nat.-lib.): Ich bin mit dem Herrn Vortrager ja in den meisten Punkten einverstanden, aber die Annahme oder Ablehnung der Resolution Auer würde doch an der Entwicklung der Dinge nichts ändern...

Präsident des Reichseisenbahnnamts Schulz: Die Tätigkeit des Reichseisenbahnnamts wird deshalb nicht unterschätzt, weil sie nicht öffentlich tagate tritt. Sie hat sich vor allem in bezug auf die Vermehrung der Betriebssicherheit und in bezug auf die Landesverteidigung geltend gemacht...

Abg. Storz (libd. Vp.) führt Beschwerde über die große Benachteiligung Württembergs, besonders auch durch Bayern. Der sozialdemokratische Antrag bleibt auf halbem Wege stehen. Die Eisenbahnen müssen vollständig Reichssache werden...

Abg. v. Normann (kons.) erklärt sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil er die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten beschränke. Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) verlangt allgemeine Einführung des neu erschienenen Reichsviehkurzbuches...

Abg. Dreesbach (Soz.): Ich möchte als badischer Abgeordneter einige Bemerkungen machen. Ich erkenne an, daß Württemberg unter den Umleitungen schwer zu leiden hat, aber es ist selbst nicht ganz unschuldig daran...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...

Wir wünschen, daß die Reichsbehörden maßgebenden Einfluß auch auf die Umleitungen, die Güter- und Personentarife und die Masseneinteilung gewinnen. Bismarck hat 1873, als die Süddeutschen sich ihre Eisenbahnen als Rest ihrer Hoheitsrechte erhalten wollten...



hat nun seine Eisenbahnpolitik — im Interesse des Fiskus — ausgeübt, aber es treibt die Eisenbahnen der andern Staaten in den Ruin oder zwingt sie zur Eisenbahngemeinschaft mit Preußen. Damit treibt es eine partikularistische Politik — die schlimmsten Partikularisten muß man wörtlich bei Mainz suchen —, unter der das deutsche Nationalgefühl schwer leiden muß. Vor zwei Jahren hat der badische Landtag die Ueberführung der Main-Weckartbahn in die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft zugestimmt, weil durch die Umleitung des Verkehrs über Ludwigshafen die Einnahmen Badens im ersten Jahre um 150 000 Mark gesunken waren. Lediglich weil wir nicht mehr anders konnten, weil die Spinne ihr Netz so dicht um die Fliege gesponnen hatte, hat nach schweren Kämpfen auch die Mehrheit meiner Freunde im badischen Landtag diesem Staatsvertrag zugestimmt. Wenn jetzt Preußen seine Bahnen auf eigenen Schienen direkt bis Strassburg führt, sind Württemberg und Bayern die Nächstebeteiligten. Es kam aber nicht Aufgabe des Deutschen Reiches sein, daß die Einzelstaaten sich gegenseitig zugrunde richten. Sie alle haben ein Anrecht darauf, daß ihre Existenz gewährleistet wird; aus diesem Grunde verlangen wir Durchführung der Artikel 42/46 der Reichsverfassung und Ueberführung des Verkehrs in den Betrieb des Reiches. Aber die Eisenbahnen sind nicht allein für den Fiskus da, nicht allein wachsende Stütz für den Staat, sie müssen in Industrie und Landwirtschaft der Bevölkerung dienen. Das können sie nur unter einheitlicher Leitung tun. Namentlich die Herren von der Rechten erinnern sich an das Wort ihres Abgottes Bismarck, daß eine zweckmäßige Tarifierung der landwirtschaftlichen Produkte mehr nützt als vielmals höhere Zölle. Auch die Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse an der Reichsgemeinschaft und Tarifverbilligung. Mit Preußens verkehrspolitischen Verbesserungen ist es nicht weit her. Vom Abgeordnetenhaus ist keine Verbesserung zu erhoffen, erst das Eingreifen des Reichstages kann zu annehmbaren Zuständen führen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Gamp (Reichsp.) verteidigt die Umleitungen und die Praxis des Reichseisenbahnrechts. Die preussische Regierung hat noch nie das finanzielle Eigeninteresse über das Allgemeininteresse gestellt. (Lautes Lachen links.) Hesse gegenüber hat es direkt Opfer gebracht. Es wird sicher ebenso bereit sein, Baden und Württemberg — — — (Große Heiterkeit links, Zurufe: zu verschlucken!). Herr Dreßbach ist der preussischen Regierung nicht einmal dankbar gewesen, daß sie die 4. Klasse so bequemer eingerichtet hat. Dafür sollte er doch wenigstens dankbar sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Gotthelb (freil. Vg.): Die heutige Debatte stammt aus dem einzelstaatlichen Neid auf die glänzenden Eisenbahnüberschüsse Preußens. Bei den ganzen Erörterungen stellt man den Grundbegriff auf: Unlauterer Wettbewerb ist der, den mir jemand macht, lauterer Wettbewerb der, den ich jemand mache. (Heiterkeit.) Ueberall überwiegt das Interesse des Fiskus das der Allgemeinheit. Schon bei der Verstaatlichung hat Herr v. Miquel versprochen: das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen und hinterher auf Vorhaltungen erwidert, man hätte es eben nicht glauben sollen. (Heiterkeit.) Immerhin kommt das Publikum bei dieser Konkurrenz noch auf seine Rechnung, und ich wünsche, daß sie erhalten bleibt. Der Antrag Auer würde den Etat der Einzelstaaten vollkommen unübersichtlich machen, deshalb muß ich dagegen stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Hofmann-Saalfeld (Soz.): Bei der Vielheit der Eisenbahnverwaltungen ist es für Lehrlinge besonders schwer, überhaupt neue Eisenbahnlinien zu erhalten. Das kleine Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt sollte bei einem Gesamtetat von nur 3 Millionen <sup>1/2</sup>, Millionen Beitrag für eine neue Bahnlinie leisten. Ähnliche Forderungen hat Preußen an Sachsen-Meiningen und andere Kleinstaaten gestellt. Diese werden noch allmählich lernen, Preußen nicht als unterwürfige Völkchen gegenüber zu treten, sondern ihr gutes Recht mit Energie zu fordern. Ich habe Ihnen diese Einzelheiten vorgelesen, um zu zeigen, daß die Annahme unseres Antrags aus kulturellen Gründen notwendig ist. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Wolff (wirtsch. Vg.): Ich stimme den Wünschen der Süddeutschen und deshalb dem Kommissionsantrag zu. Ich sehe auch dem sozialdemokratischen Antrag nahe, habe aber Bedenken gegen seine Durchführbarkeit.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freil. Vg.) schließt sich den Klagen des Abg. Hofmann über die Benachteiligung der Thüringischen Staaten durch Preußen an.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Budgetkommission wird einstimmig angenommen; der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Etat des Reichseisenbahnrechts wird bewilligt. Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen; Justizetat.)

**Sächsischer Landtag.**

Zweite Kammer.

Sitzung vom 23. Februar 1904.

Erster Punkt der Tagesordnung: Antrag der Finanzdeputation B, für Vermeerung der Ladeflecke und Ladestrafen auf dem oberen Bahnhof in Plauen 276 000 Mk. nach der Regierungsvorlage zu bewilligen. Der Antrag wird nach unwesentlicher Debatte einstimmig angenommen.

Die drei nächsten Punkte der Tagesordnung betreffen eine Anzahl Kapitel aus dem Rechnungsbuch. Bei Kapitel 2 Domänen und Jura wird in dem Berichte hervorgehoben, daß das immobile Vermögen von 18 456 069 Mk. auf 17 978 707 Mk. zurückgegangen ist, der Ertrag hat in der Finanzperiode 1 268 388 Mk. betragen. Kapitel 2 betrifft Kalkwerke. Sie haben einen Ueberschuß von 34 644 Mk., während in der Periode 1898/99 noch 77 160 Mk. Ueberschuß zu verzeichnen war. Es ist somit ein Rückgang von 42 516 Mk. zu verzeichnen, das ist mehr als die Hälfte des Ertrags von 1898/99. Von den 8 Kalkwerken sind jetzt 2 (Grottenborn und Baunhaus) ganz ausgebehalten worden. Von den 6 Kalkwerken erfordern nicht weniger als 4 insgesamt 8600 Mk. Zuschuß. Der Ueberschuß der Kalkwerke ist 1888, wo er 150 008 Mk. betrug, ständig zurückgegangen und es scheint die Zeit nicht mehr fern zu sein, wo diese Einnahmequelle überhaupt verliert. Bei Kapitel 36 A: Oberverwaltungsgericht, betrug der Staatszuschuß 163 503 Mk., bei Kapitel 37: Gesetz- und Verordnungsblatt ist der bewilligte Staatszuschuß von 1270 Mk. infolge außerordentlichen Mehraufwands über den näheres nicht gesagt wird, um 18 150 Mk. überschritten worden; er beträgt daher 10 080 Mk. Zu Kapitel 61: Landstallamt Moritzburg bemerkt der Berichterstatter Abg. Matthes, daß die Fohlenzucht im Landstallamt eine Entwicklung nicht zu verzeichnen habe. Ein vom Landstallamt aufgekauft Pferd koste 1300 Mk., es sei zu erwägen, ob man nicht billigere Pferde kaufen könne. Aus dem schriftlichen Berichte ist noch zu ersehen, daß sich gegenwärtig der Pferdebestand auf 100 beziffert und der Staatszuschuß 1900/01 418 337 Mk. betragen hat. Bei den Landesanstalten (Kapitel 70), worunter die Heil-, Erziehungs- und Strafanstalten zu verstehen sind, betrug der Staatszuschuß 6 679 929 Mk. Die Kapitel 71: Militärangelegenheiten und 72: Allgemeine Ausgaben beim Departement des Innern geben zu Bemerkungen keinen Anlaß. Die Kammer erteilt durch mehrfache Beschlüsse — bei jedem Punkt besonders — der Regierung für alle Kapitel Entlastung.

Es folgt die Beratung über den Bericht der Gesetzgebungsdeputation und der Finanzdeputation A über den Antrag für Aufhebung des § 19 des Ergänzungsteuergesetzes. Der Antrag der Deputation geht dahin, die Regierung zu ersuchen, den Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Aufhebung des § 19 bestimmt.

Abg. Stetger (konf.) ist gegen die Aufhebung des § 19, weil die Grundsteuer schon genügend belastet sei. Er würde jedoch für

die Aufhebung des § 19 eintreten, wenn die Grundsteuer herabgesetzt würde.

Abg. Schubert (konf.) warnt davor, an der Grundsteuer zu rütteln, da auf der Grundsteuer die Vorrechte des Grundbesitzes in Staat und Gemeinde beruhen. Wohin würde man in manchen Gemeinderäten kommen, wenn die Rechte der Grundbesitzer verschwinden sollten? Er müsse sich wundern, daß gerade seine Kollegen (die Landwirte) aus den heftigsten Gegenden Sachsens (Heiterkeit) gegen die Aufhebung des § 19 seien und eine Herabsetzung der Grundsteuer forderten.

Vizepräsident Dr. Schill: Er werde für den Antrag der Deputation stimmen, obwohl er bedaure, daß man bei dieser Reform des Ergänzungsteuergesetzes nicht auch andre offenkundige Härten aus dem Gesetze beseitigen wolle.

Abg. Schief (nat.-lib.): Damit den Ausführungen des Abgeordneten Stetger auch die Meinung eines Industriellen entgegengestellt werde, bemerke er, daß, wenn man die Rechnung des Abgeordneten Stetger auf Fabrikgebäude anwenden wolle, man dann zu dem Schlusse gelange, daß auch das industrielle Betriebskapital von der Grundsteuer betroffen werde.

Abg. Leithold (konf.): Die Aufhebung des § 19 würde eine doppelte Belastung der Landwirtschaft zur Folge haben; er werde deshalb gegen den Antrag der Deputation stimmen.

Abg. Hänel (konf.): Der Abg. Stetger habe berechnet, daß von 100 landwirtschaftlichen Betrieben das Betriebskapital durchschnittlich 9800 Mk. betragen habe. Zum Teil aber die Ergänzungsteuer erst bei 10 000 Mk. ein. Es würden also nur sehr wenige Landwirte von der Ergänzungsteuer betroffen werden. Jedenfalls würden die kleineren und mittleren Landwirte auch nach Aufhebung des § 19 gar nicht von der Ergänzungsteuer berührt.

Abg. Opiß: Die Rechte des Grundbesitzes in Gemeinde und Staat seien von größter Bedeutung. Um so bedenklicher sei, dieses Recht, wie der Abg. Schubert es getan hatte, auf finanzielle Leistungen zu stützen. Wenn das zutreffend sei, dann hätten die Grundrechte schon mit der Herabsetzung der Grundsteuer eingeschränkt werden müssen und sie müßten in allen Gemeinden, wo man keine Grundsteuer erhebe, ohne weiteres fallen. Die Rechte des Grundbesitzes beruhen darauf, daß der Grundbesitz als das staatsverhaltende Moment zu seiner Zeit in Staat und Gesellschaft entbehrt werden kann. (Sehr richtig.) Er werde für die Aufhebung des § 19 stimmen, aber nur aus dem einen Grunde, weil der Beweis nicht erbracht sei, daß das landwirtschaftliche Betriebskapital von der Grundsteuer betroffen werde. Er betone aber auch neue, daß die Erste Kammer durch Einfügung des § 19 keine Bevorzugung der Landwirtschaft habe schaffen wollen; die Stellungnahme der jenseitigen Kammer bewege nur, daß man dort anderer Ansicht als die Zweite Kammer über die Belastung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals durch die Grundsteuer sei. (Beifall.)

Abg. Schulze bedauert, daß die Deputationen nicht darauf angekommen seien, das ganze Gesetz einer gründlichen Umänderung zu unterziehen. Es wäre nur gerecht, wenn neben den Aktiengesellschaften auch die Genossenschaften und die reichen katholischen Klöster zur Ergänzungsteuer herangezogen würden. Die vom Abg. Stetger aufgestellte Berechnung sei für den Augenblick nicht nachzuweisen; es könne aber nicht bestritten werden, daß die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals eine große Mäßigung im Lande hervorgerufen habe. Es sei schon betont worden, daß früher eine Vorbelastung des Grundbesitzes bestanden habe und den Grundbesitzern dafür gewisse Vorrechte zuerkannt worden seien. Seit Industrie, Gewerbe usw. von der Vermögenssteuer belastet sei, könne von einer Vorbelastung des Grundbesitzes aber nicht mehr die Rede sein. Die Vorrechte der Grundbesitzer seien aber geblieben, mit der Belastung durch die Vermögenssteuer seien jedoch keine Vorrechte verbunden gewesen. Das sei es auch, was in erster Linie Unzufriedenheit erzeuge.

Wenn der Abgeordnete Opiß die Vorrechte der Grundbesitzer auf den staatsverhaltenden Charakter der Grundbesitzer hat zurückführen wollen, so will ich nur betonen, daß, abgesehen von der Partei, die den Staat grundsätzlich bekämpft, alle Berufsstände an der Erhaltung des Staates interessiert sind.

Abg. Opiß: Angesichts der sozialdemokratischen Gefahr müssen wir unser ganzes Augenmerk darauf richten, alles zu stärken, was geeignet ist, den Staat zu stützen. Und da kommen in erster Linie die Grundrechte in Betracht. Ueber Reden, wie sie der Abgeordnete Schulze gehalten habe, könne sich nur die Sozialdemokratie freuen. Er bitte den Abgeordneten Schulze dringend, seine Ansichten über die Grundrechte zu revidieren.

Der Antrag der Deputationen, die Regierung zu ersuchen, den § 19 aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Abgg. Leithold und Stetger angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Gesetzgebungsdeputation über die Aenderung einiger Bestimmungen des Baugesetzes; eine Anzahl Kapitel aus dem ordentlichen Etat (Ministerium des Innern).

**Die Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zur Beilegung der Differenzen im Schneidergewerbe**

wurde in der am 22. d. M. in der Flora abgehaltenen Versammlung der Schneidergehilfen, in der der Verbandsvorsitzende Stähler-Berlin über die Taktik des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes referierte, beschlossen. Der Redner erläuterte in 1 1/2stündiger Rede die Entwicklung, den Zweck und die Ziele der Arbeitgeberorganisation und fordert in begeisterten Worten zum Beitritt in unsere Organisation auf, um den Maßnahmen der Arbeitgeber gewachsen zu sein. Hierauf referiert Kollege Weider über: Unre weitere Maßnahmen zur Einführung der Arbeitsverträge. Der Vertrag wurde von der Arbeitgeberorganisation nicht zurückgezogen. Es heiße sogar in dem Bericht über die letzte Versammlung der Arbeitgeber: „Was die Einführung von Arbeitsverträgen betrifft, so konnte festgestellt werden, daß trotz aller Gegenagitation der Arbeiterführer die Einführung fast glatt vor sich gegangen sei.“ Die Vereinbarungen mit den Firmen Döring, Holde mann, E. Schulze und Bachhaus beweisen aber, daß die Einführung nicht so „glatt“ vonstatten ging; in den genannten Geschäften wurden Verträge vereinbart, die für beide Teile gleich sind, wo die Arbeiter also nicht benachteiligt werden. Die Firma Kraus u. Teichmann mußte in ihrem Vertrag einer Anzahl Arbeitern gegenüber die anstößigen Bestimmungen streichen, und Herr W. Schulze bekam die Unterschrift nicht. Außer diesen sind es noch die Firmen Brendel u. W. Kar, Karl, Dieck, Starke, Töpfer, Meher, Hausmann, Mühlberg und Dalleske, die auf der Unterschrift beharren. Alle übrigen Firmen, darunter die maßgebendsten am Orte, legen den Vertrag zurzeit nicht vor. Wenn in dem Versammlungsbericht der Arbeitgeber gesagt werde: Man könne aber im übrigen ruhig der Sache entgegensehen; sollen partielle Streiks provoziert werden, so stehe man auch diesen Eventualitäten gewappnet gegenüber, so habe die Firma Apfel den Beweis erbracht, auf welcher Seite provoziert werde. Diese Firma wagte es, von dreißig dort beschäftigten Arbeitern die Unterschrift eigenhändig unter den Vertrag zu setzen und von den Neuanfängern die Unterschrift zu verlangen. Wir sind aber nicht, wie es von anderer Seite unter Umständen gesehen wäre, zur Staatsanwaltschaft gegangen, um die Firma wegen Urkundenfälschung belangen zu lassen, sondern wir haben durch eigenes Handeln bewerkstelligt, daß die Firma diesen Vertrag vernichtete und die Erklärung abgab, nie wieder den Vertrag vorlegen zu wollen. Auffassend war dabei aber, daß gesagt wurde, es seien noch mehrere Exemplare vorhanden; es liege also für uns alle Veranlassung vor, die Augen offen zu halten. Die Ausrede der genannten Firma: man habe nur ein Verzeichnis zur Anmeldung für die Ortskrankenkasse anlegen wollen, rief allgemeines Ge-

lächter hervor. Und wenn die Herren immer wieder bestreiten, daß sie nach Pfingsten den Vertrag auf der ganzen Linie einführen werden, so mögen sie sich bei Herrn Dalleske — der Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist — den näheren Aufschluß geben lassen. Daß man aber alle Mittel anwenben, um die übrigen Arbeitgeber zur Einführung der Verträge zu bewegen, beweist, daß zwei Herren fortwährend auf der Tour sind; so auch bei der Firma Rüppich vorstellig wurden, jedoch abblühten. Wir haben nun alles versucht, so fährt der Redner weiter fort, um im friedlichen Einvernehmen mit den Arbeitgebern die Differenzen beizulegen, aber die Herren haben nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. So bleibt uns denn weiter nichts übrig, als von dem letzten Mittel, das uns gesetzlich zu Gebote steht, Gebrauch zu machen. Zunächst solle aber noch erwogen werden, ob nicht praktisch sei, zuvor das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sollten jedoch die Verhandlungen schiefslagen, so müsse unbedingt der Kampf, den man uns alsdann aufzuzwingen, aufgenommen und bis zum äußersten durchgeführt werden. Dann werde es aber auch unsere Aufgabe sein müssen, die Lohnfrage in fast sämtlichen Geschäften einer Regelung zu unterziehen. Die Kollegen Diekmann und Peter fordern dazu auf, einen den Ausführungen entsprechenden Beschluß zu fassen. Hierauf erfolgte einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die am 22. Februar in der Flora tagende öffentliche Versammlung der Schneider erklärt, den von den Arbeitgebern den Arbeitern vorgelegten Arbeitsvertrag nicht anerkennen zu können, weil dieser Vertrag einseitig im Interesse der Arbeitgeber abgefaßt ist. Um jedoch einer allgemeinen Arbeitseinstellung vorzubeugen, beschließt die Versammlung, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, um einen Vertrag zu Stande zu bringen, der den Interessen beider Teile in gleicher Weise Rechnung trägt. Ist diese Absicht jedoch nicht zu erreichen, oder weigern sich die Arbeitgeber, darauf einzugehen, dann ist das Agitationskomitee beauftragt, eine Revision der Lohnsätze von 1898 vorzunehmen und diese Vorlage einer baldigst einzuberufenden Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.“

In die Kommission zu den Einigungsverhandlungen werden die Kollegen Kleine, Pöhl und Weigel gewählt, sodann wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

**Der Krieg in Südwestafrika.**

**Die gegenwärtige Kriegslage. — Eine „Bieherbeutung“. Ein zurückgeschlagener Angriff.**

Vom Gouverneur Leutwein sind in Berlin folgende beiden Telegramme vom gestrigen Tage eingegangen:

Die gegenwärtige Kriegslage ist folgende: Die Ostabteilung unter Major v. Glasenapp marschiert über Gobabis gegen den Hauptling Tjetjo und sperrt die Grenze. Die Hauptabteilung sammelt sich bei Otjandja und beschränkt sich bis zum Eintreffen der Verstärkung auf kleine Vorstöße gegen den ansehend bei Otjofongant und Waterberg in abwartender Stellung befindlichen Feind. Die Westabteilung unter Major v. Ehorff geht auf Outjo vor und entwirft den Omarou-Stamm. Vom Süden des Schutzgebietes her ist eine Kompanie und eine Gebirgsbatterie in Amarsch. Zum Schutz des Südens bleiben eine Kompanie und zwei Geschütze.

Eine Abteilung unter Oberleutnant Schulze erbeutete (?) am 8. Februar in einem Gesecht südlich Tsumanas 300 Stück Großvieh und 400 Stück Kleinvieh. Der Feind hatte 10 Tot, diesseits kein Verlust. Am 2. Februar haben Omambos des Kapitäns Nechale den Polizeiposten Amatoni angegriffen, wurden aber mit einem Verlust von 60 Toten abgeschlagen. Der Posten wurde später eingeeignet. Die Omambos des Kapitäns Stambonds sind bis jetzt friedlich. Major von Ehorff hat die Verbindung mit Outjo hergestellt.

**Der Krieg in Ostasien.**

Russische Finanzen.

In Rußland fährt man fort, eine Aenderung der Verhältnisse durch eine Aenderung der Personen herbeiführen zu wollen. Das neueste auf diesem Gebiete ist die Ernennung eines neuen russischen Finanzministers. Wie der neue Herr den russischen Staatswagen aus dem tiefen Schmutz ziehen will, ist vorläufig noch sein Geheimnis. Die Lobeshymnen, die bei dieser Gelegenheit die russische und ihre nach die deutsche Presse auf das Finanzgenie Witte anstimmen, sind natürlich keinen Schuß Pulver wert. Schon zu der Zeit, als Herr Witte noch im Finanzministerium residierte, waren für jeden, der sehen wollte, die gefärbten und auch direkt gefälschten Finanzberichte dieses Herrn sehr leicht als solche erkennbar. Jetzt hat ja der Herr den letzten Schleier weggerissen, den Herr Witte vor das Finanzsystem Rußlands gewoben, und die Maßregeln der russischen Regierung kündigen selbst an, wie durch und durch zerrüttet Herr Witte sein Nestort seinen Nachfolgern hinterlassen hat. Rußland steht vor einem großen Krise und hat weder Geld noch Kredit.

In dieser Situation bedarf die Marnnachricht, daß der deutsche Reichskanzler dem Direktor der internationalen Handelsbank zu Petersburg, Herrn Rotstein, empfangen hat, keiner besonderen Erklärung. Rußland versucht jetzt, in Deutschland einen Pump aufzunehmen, und die deutsche Regierung soll ihm dazu helfen. Daß Herr Wilow den russischen Finanzmann und früheren Geschäftsträger Wittes überhaupt empfangen hat, bezeugt, daß er diesem Plane mit „wohlwollender Neutralität“ gegenübersteht. Ob die deutsche Finanzwelt freilich auf den Reim einer russischen Anleihe frieden wird, ist eine andre Frage. Rußlands Spiel steht schlecht, und weder in Berlin noch in Frankreich wendet man gern sein kostbares Geld an eine faule Sache. Aber auch in der Finanzwelt spielen politische Erwägungen eine Rolle, und Deutschland, die Nachhut, wird Rußland, die Vorhut der Reaktion, so leicht nicht in Stütz lassen.

Jahrzehntelang hat der russische Despotismus lediglich vom fremden Gelde gelebt, er wurde gewissermaßen von der europäischen Reaktion ausgehalten. Selbst in Paris, wo man für den russischen Despotismus schon sieben Milliarden aufgebracht, beginnt man den Glauben an den russischen Freund zu verlieren. Am Sonnabend brach an der Pariser Börse eine Panik aus, die nur von dem Krach des Jahres 1870 übertroffen wurde. Französische dreiprozentige Renten, die am 6. Februar noch auf 97,52 standen, schlossen am Sonnabend mit 93,55 ab. Dieselbe Abwärtsbewegung machten andre Staatspapiere ebenfalls durch. Russische Staatspapiere sind seit dem 1. Februar um 8,90 Prozent gefallen. Selbst zur Zeit der Schnäbele-Affäre und der Taschingstrahlen, als Bismarck und Boulanger gleichzeitig mit dem Säbel rasselten, fand ein derartiger Krach nicht statt. Falsche Gerüchte haben die Panik verursacht, und wenn auch jetzt die Ruhe ungefähr wieder hergestellt ist, so ist doch bewiesen, wie nervös augenblicklich Rußland







# Seefische Volksnahrung

Schellfisch  
Pfd. 25-30 Pfg.  
Kabeljau  
ohne Kopf  
Pfd. 20 Pfg.

Deutsche Dampffischerei-  
Gesellschaft „NORDSEE“  
25 Reichsstraße 25

## Sozialdemokrat. Verein L.-West

Freitag, den 26. Februar, abends 7/9 Uhr

### Große öffentliche Versammlung im Felsenkeller, L.-Plagwitz.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Religion und Kirche im Klassenkampf. Referent: Reichstagsabg. Adolf Hoffmann-Berlin.
  2. Diskussion hierzu.
- Die Frauen sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen.  
Der Vorstand  
des Sozialdemokratischen Vereins L.-West.

## Volkverein Plagwitz-Lindenau

Die Mitglieder werden ersucht, in der öffentlichen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu erscheinen.  
Referent: Genosse Adolf Hoffmann-Berlin.

### Voranzeige.

Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr

### Besuch der städtischen Gasanstalt.

Es können nur Mitglieder teilnehmen. Zunächst werden für den Besuch am 6. März 100 Teilnehmerkarten ausgegeben. Nach Bedarf wird der Besuch am 13. März wiederholt.  
Der Vorstand.

## Soziald. Verein L.-Ost.

Die Listen zu der nächsten am 6. und 13. März im Schauspielhaus stattfindenden Theatervorstellung liegen in den bekannten Lokalen aus. Zur Aufführung gelangt **Der Strom** von Max Halbe.  
Der Vorstand.

## Neue Erfindung für unsere Hausfrauen!

Die unverbrennbaren Feuer-Ausgangskleine von E. G. Czissarz St. Ludwig und Basel, möchten wir unsern Hausfrauen angelegentlich empfehlen. Die Kleinen dienen dazu, die vielen Unglücksfälle durch Anbrennen mit Petroleum ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Die Kleinen sind unverbrennbar, können also oft und immer wieder gebraucht werden, sind sehr bequem, nicht explosierbar, also ganz gefahrlos, bieten die größte Reinlichkeit und gewahren bedeutende Geldersparnis. Da sich dieselben überall schon nach kurzem Verstehen leicht eingebürgert haben, so sind wir sehr überzeugt, daß dieselben auch hier die freudlichste Aufnahme finden werden.

- Nur allein zu haben in Leipzig bei H. Kaiser, Körnerstr. 52
  - Leipzig bei Althard Habeland
  - Torgau bei Gottl. Thümel
  - Hallenberg bei Fr. Witte, Spekteur
  - Dömitzsch bei Julius Slockert
  - Schleien bei Rud. Petzhold
  - Bretlin a. Elbe bei Karl Schrödter
  - Röhschbroda bei Th. Missbach
  - Radeburg bei H. Näther
  - Niefa bei A. G. Hering
  - Teichsch bei Herm. Rudolph
  - Naumburg bei H. Hüg
  - Döben a. Mühe bei Ewald Schulze
  - Bad Schmiedeberg bei H. Schladitz
  - Rahna bei G. F. Lohmann
  - Wittenberg bei Franz Stöckel
  - Al. Wittenberg bei Paul Hempel
  - Coswig bei Franz Kohltz
  - Gasse bei A. Danker, Merseb. Str. 108
  - Reitz bei Jul. Kunze
  - Gamburg bei A. Völker
  - Naumburg bei G. Thielmann
  - Freiburg bei F. W. Rolke
  - Roßleben bei Ed. Curth
  - Kriern bei E. Poppe.
- 2060

Wahrad billigst. Sommerlatte, 1, Blücherplatz 1.

## Achtung! Stellmacher.

Sonnabend, den 27. Februar, abends 7/9 Uhr  
**Öffentliche Versammlung**  
im Coburger Hof (Langer Saal)  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen F. Siedersleben über: **Moderne Strafrechts-Pflege.** 2. Gewerkschaftliches. Es ist dringende Pflicht aller Berufscollegen, für zahlreichen Besuch zu sorgen.  
Die Sektionsleitung der Stellmacher.

## Achtung, Drechsler aller Branchen!

Freitag, den 26. Februar, abends 7/9 Uhr, **Öffentliche Versammlung** im Coburger Hof. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. K. Pinkau über: **Die Degeneration der Arbeiterklasse.** 2. Wahl eines Delegierten zu der am 6. März in Berlin stattfindenden Konferenz der Gartgummi-Drechsler. 3. Berichterstattung über den Arbeitsnachweis. 4. Die Mißstände in verschiedenen hiesigen Drechslerereien. 5. Gewerkschaftliches.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Sektionsleitung der Drechsler a. B.

## Reichs-Ecke

Reichsstraße 45/47  
P. Danneberg  
Vorzüglicher Mittagstisch  
von 12-3 Uhr.  
Täglich von 5 Uhr an: Warmen  
Schinken u. Kartoffelsalat.  
Dank. Zurückgekehrt vom Grabe  
unseres einzigen lieben Sohnes **Erich**,  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten  
von nah und fern, welche seinen Sorg  
so reich mit Blumen schmückten, unsern  
herzlichen Dank. Dir aber, lieber Erich,  
rufen wir ein Ruhe sanft in Dein frühes  
Grab nach.  
Probsteiba, 22. Februar.  
Gustav Haak u. Frau.

## Todes-Anzeige.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie werter  
Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß am Montag nachmittag 7/8 Uhr  
unser guter und braver Sohn  
**Fritz**  
im 19. Lebensjahre plötzlich und unerwartet aus dem Leben geschieden ist.  
Mit der Bitte um stille Teilnahme teilen dies mit die tröstlichen Eltern und  
Geschwister.  
F. Hohmann nebst Familie.  
L.-Sellenhausen, Eblischstr. 12, II., 24. Februar 1904.  
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2 Uhr statt.

# Kleiner Anzeiger.

Unsere verehrlichen Leser  
werden gebeten, beim  
Einsenden von Wohnungen stets  
auf die Wohnungsanzeigen  
der Leipziger Volkszeitung zu  
beziehen!

### Wohnungsanzeigen.

**Zentrum.**  
Biesenstr. 15, II. L., leere 1st. Stube  
zum 1. März zu vermieten.  
Marokkenstr. 28, W.-Geb. II. L., klein,  
separates Stübchen sofort zu vermieten.  
Schützenborststr. 28, G. I. r., freundl.  
Schlafstelle f. 2 Herrn od. Mädch. z. verm.  
Wohn. v. 200-350 A sucht kinderl. Ehep.  
Nähe Brühl. Off. u. Keller, Ritterstr. 43, II.

### Osten.

Eisenbahnstr. 127, III. W., hübsches  
Zimmer als Schlafstelle, wahl 3 A., z. verm.  
Wolfmarbörf, Konradstr. 48, I., klein,  
Logis für einzelne Leute zu vermieten.  
Zionberg, Reichenbainier Str. 32, III.,  
freundliche Schlafstelle für Mädchen.  
Im Osten f. Log., ca. 200 A., p. 1/4, gel.  
Off. Kleinsch., Klingenstr. 40, I. Ehrhard.  
N. Reichenbainierstr. f. alt. Fr. sonn. Wohn.,  
St. 2 R., K. Off. a. N. Wust, Niedeckstr. 38.  
In Volkmd. f. ans. Fr. I. Stube 1/4, z. m.  
Ndr. Kleinsch. Runge, Volkmd., Lutsastr. 1.

### Westen.

2 Läden mit Wohnungen sofort zu  
vermieten. [16705]  
Lindenau, Merseburger Str. 80.  
**Freundl. Wohnungen,**  
m. u. o. Gart., v. 200-500 M. f. 3. u. 4.  
in Lindenau, Flemmingstr. 7, Leupoldstr.  
Str. 37, Güntherstr. 3, 18. Näh. d. u. b.  
Kröbel, Pl. Wettinerstr. 106. Fernspr. 2006.

### Lindenau,

Koblerstr. 22, 320 M., Demmeringstr. 68,  
280, 300 M., Demmeringstr. 100,  
265 M., sofort oder später z. verm.  
Näheres bei den Hausmännern.

### Lindenau,

Ublanstraße 15, II.,  
Stube, 2 Kammern,  
Küche u. Zubeh. z. 1. April zu verm.  
Nasser-Wilh.-Str. 16, Lindenau  
Wohnung sofort oder später 300  
bis 450 zu verm. Näheres daselbst  
beim Hausmann Wagner, part. r.  
Plagwitz, Jabonstr. 12, I., Part.-Wohn.,  
240 M., zum 1. April zu verm. Döcker.

Al. Logis, St., R., u. 366. 1/4, zu  
verm. Näh. Leupold, Grenzstraße 6, pt. r.

**Lindenau, Markortstr. 38**  
Wohn., Stube, zwei Kamm. u. Küche,  
zu sofort oder später zu verm., ev.  
mit Hausmannsp. Näh. das. pt. r.

### Leutzsch, Grenzstr. 14

sind schöne Wohnungen im Preise von  
220 bis 280 M. zu verm. 5 Werkstg.  
**Leupold, Grenzstr. 7.** Schöne Wohn-  
nungen von 190-280 M.  
sof. od. spät. zu verm. Zu erst. I. St. Wei.  
**Wölfl.-Grenzenberg 2 Wohn., Pr. 180 A.**  
Stube, 2 K., Kü. u. Stell. z. 1. April zu  
verm. Näheres Pfaffenstr. 28. Wäbging.  
**Schlenzig, Rodulphstr. 2,** frdl. Wohn.,  
St., gr. Schlafst., K., u. Zubh. zu verm.  
Plagwitz, Biegelstraße 9, pt. r., Logis  
zu vermieten.

Lindenau, Georgstraße 12, Logis an  
pünktlich zahlende Leute zu vermieten.

Kleinsch., Sternstr. 26, I. Wohn.,  
2 St., 2 R. u. K., lom. St. u. Kü. sof. z. verm.  
Kleinsch., Lutherstr. 11, I. r., II. Wohn.,  
St., Kü., Kor. u. Bbb. f. 145 A. u. L. o. R. z. verm.

Lindenau, Ublanstr. 29, pt. I., bei O.  
Schmidt, Stube u. Kammer zu verm.

Pl., Karl-Heine-Str. 58, IV. I., gr. 2st. St.  
mit Kochofen zu vermieten, Monat 8 M.

Al. Logis sof. od. sp. v. Leuten o. Kinder  
gesucht. Off. unt. A. P. Postamt Plagwitz.  
In Pl. N. Lühn. u. Merseb. Str. 2, ff. Log.  
I. März gef. 3. erf. Glt. Mlee 65, IV. I., b. O.

### Süden.

**Döllig, Siebener Str. 11.** Schöne  
Wohnungen von 250-300 M.  
mit Wasserleit. sof. zu verm. Zu erst. I. Lad.

### Verkäufe und Käufe.

**Entgeg. reelles Produkten-Geschäft**  
ist wegzuhaben sofort oder 1. April  
billig zu verkaufen. Zu erfahren Stern-  
warrenstr. 28, I. I. Agenten verbeten.  
Bestrenommierte Wolle- u. Modewaren-  
Fabrik gibt versch. ihre Artikel z. mäßig.  
Preisen an achtbare Familien auf Teil-  
zahlung. Off. u. Blick auf a. b. Exp. b. Pl.  
**Reider, Blusen, Röcke, Saccos, Capes,**  
**Wäcker, Federbos** von besserer Herrschaft.  
Plagwitz, Mühlenstr. 81, I.  
**2 Reidergerf., Berlin, Beitst. m. Matr.,**  
**Sofa, Federb. u. v. Mühl. Nikolaistr. 28, I.**  
**Berlin, Reidergerf., Ottom., Spiegel,**  
**Beitst. m. Matr., Tisch, Stühle** von best.  
Herrsch. Plagwitz, Mühlenstr. 81, I.

Billig a. verk. Möbel jed. Art, Spiegel, Betten,  
a. Tisch, W. Schramm, Bayr. Str. 17p

**Gebr. Reidergerf.,** Kommode, Wascht.,  
Beitst. m. Matr., Sofa, Tisch Eifenstr. 59, p.

### Singer-Nähmaschinen

v. 15 A an, gebrauchte, zu verk.  
bei **Schube,** Petersstr. 34, I. G.  
10 St. gebr. Singer-Nähmaschinen  
sowie mehr. Schneid- u. Säuhm.-Masch.  
billig zu verk. Peterssteinweg 10, I.  
**Hand- u. Geschäftsm. v. b. Neusch. Kirchstr. 67**  
**Kinderwagen** mit Gummir. zu verk.  
Lindenau, Merseburger Str. 51, G. v. r.  
**Kinderwagen,** gut erhalt., billig  
zu verk. Brandenburgerstr. 57, G. IV. I.

### 10% auf alle Korbwaren

**Thomas, Münzgaße 5.**  
Große Auswahl prämi. Kanarienvogel,  
hochfeinen Sommerläusen, 5 Pfd. 1.-A.  
Str. 17 A, sowie alle Sorten v. Vogels-  
futter, prakt. Käse von 20 Jan. ital. Gold-  
flöck 10 g empfindl. Max Kraft, Volkstr. 18.

### Große Auswahl in Kanarienvögeln

St. Selter. Neu angef.: Sommerläusen  
5 Pfd. 1 M., Zentn. 17 M. [1930]  
Neuchâtel, Kirchstr. 77. Karl Gölpe.

### Vogelfutter

**Märek, Samenhandl. Vind., Markt 2.**  
**Ledorausohn. u. Abf. Nasohmkt. 4, Martin**  
Küchenschrank, Bilder, Nachttisch, Ged.  
Speistisch, verk. Unt., Hermannstr. 16, I. r.

1 Orig.-Singer-Maschine bill. zu verk.  
Kleinschöcker, Bismburgerstr. 87, p. r.  
1 Fahrrad für 20 M. zu verkaufen  
Lindenau, Ublanstr. 14, III. I.

Herrenrad z. verk. Freil. m. Rücktritt-  
bremse Kleinsch., Albertstr. 35, I. I.  
Gebr. Kinderwagen m. Gummir. billig  
z. verk. Stöckerth, Schulstr. 5, p. r.

Kinderwagen billig zu verkaufen  
Connewitz, Brandstr. 17, p.

Gebr. Kinderwag. m. Gummir. f. 10 A  
zu verk. Lindenau, Wettinerstr. 59, II. r.  
Guterb. Kinderwagen m. Gummir. bill.  
z. verk. Lindenau, Demmeringstr. 87, III. r.  
Kinderwagen, gut erhalten, zu verkauf.  
Lindenau, Wettinerstr. 96, II.

Kinderwagen mit Gummir. u. Matr.,  
Windelstern z. v. Pl., Karl-Heine-Str. 69, I.

Kinderwagen mit Matr., guterb., bill.  
zu verk. Pl., Merseburger Str. 36, G. I. r.

Kinderwagen, guterb., u. engl. Schwagen  
bill. zu verk. Go., Friedrichstr. 2, III. I.

Drehbank, gebraucht, billig zu ver-  
kaufen Stütz, Karl-Härtig-Str. 20.

Große Waschwanne, Kinderwagen zu  
verk. Selterth, Wurgner Str. 14, 3. G. I.

Holzpanntoffel u. Hölzer verkauft bill.  
Schneef., Dimpelstr. 25, Pantoffelgäßch.

Zuchtschinken, 4 Monat alt, billig zu  
verk. Lindenau, Leupoldstr. 29, I. r.

Stamm Stallener-Hühner mit Hahn  
zu verkaufen Stöckerth, Leipziger Str. 47.

Meyer's Konvers-Lexikon, 15 Bb., guterb.,  
f. 12 M. zu verk. Peterssteinweg 23, III. I.

Roman, Melanie, die Scheintote, geb.,  
zu verk. Volkmd., Verast. 24, IV. M.

### Ausgeärrnte Haare

Haare kauft Viehle, Windmühlenstr. 24.  
1 Regal u. Ledentisch zu kaufen gesucht.  
Ndr. Volkmd., Schulstr. 20, G. I. r.

Fleischer-Handwerkzeug zu kaufen  
gesucht Lindenau, Wettiner Str. 80, III. r.

### Arbeitsmarkt.

4 Bandon.-(as) u. 2 Gelbasp. sucht noch  
ein Musikverein. Off. u. Nr. 38 Exp. b. Pl.

**Jung. Mädchen** kann die frische, seine  
Blumenbinderei gründl. erlern. Plagw.,  
Karl-Heine-Str. 69, Blumeng. W. Lothe.

**Alle Sorten Fuchsbüden** werden gut  
und billig ausbessert und ausgefärbt.  
Zu melden Berberstraße 30, G.-Duergel.  
1 Tr., bei Herrn Wilhelm Weber.

J. Mann f. Arb. tragw. Art u. Darl. v.  
80. A. a. B. a. 1/2, 3. Off. u. L. R. a. Exp. b. Pl.

Wäsche u. g. Ausstatt. verb. bill. u. laub.  
m. Wäsch. gef. Pl. Weisk. St. 17, III. r.

Wäsche zum Waschen u. Plätten wird  
angen. Pl., Markranstädter Str. 21, I. I.

Strümpfe all. Art m. neu u. angestrich.  
K. Krämer, Sadnefeld, Hauptstr. 64, III.

### Vermischte Anzeigen.

Die gegen Frau Rosenblender ausge-  
sprochene Befeldigung ist zurückgenommen.  
Im Namen meiner Mutter: **Fr. Voigt.**

**Damenuhr 51297** in Connewitz verk.  
G. D. u. Vel. abzug. Vornalche Str. 23, II.

**Gärten** gegenüber dem Neuen Neub-  
nitzer Friedhof zu vermieten. [2978]

### Bettmässen.

Sofort. Befelung  
garantiert. Frei-  
aufend, ärztl. Zeugn. und Prospekt durch  
**Zimmermann & Co., Heidelberg, Baden.**

60 M. geg. 6. Zins u. Sicherh. auf 1/2 J.  
zu leihen gef. Off. u. J. K. a. b. Exp. b. Pl.

Kleines Kind w. in gute Pflege gegeben.  
Connewitz, Vornalche Str. 13, II. M.

Bitte f. 18j. Knaben Nähe Eisenbahnstr.  
gef. R. Bemann, Pl., Ludwigsstr. 44, G. I. I.

Meinem innigstgel. **Kämmlich** b. herzl.  
Stück, zum heut. Tage sendet ihm seine  
treu bis in den Tod liebende Geseu.

**Haar Meyer** lebe hoch, aber seine  
Minna ooch. Nordbruff.  
D. Ober B. B. B.

Es grat. Dir z. 49. Geb. deine liebe Frau  
Selma Ludwig nebst Sohn Paul Jack.

Ans. I. Fr. Schuber soll leben u. ihr  
Safensbraten daneb. Walter, Friso, Trude.

Ans. Turnen z. Bach z. 6. Geb. z. dreifach  
Frei Heil! Die Männerliebe z. Kleinsch.

Wachs Lugh'n ein bonnerndes Hoch!  
Water, Sohn, heils. Geist.  
Unser Hausmeister lebe hoch, die Nacht  
ooch. Siemensstr. 48.  
Müller Föbe lebe hoch,  
Max und August ooch.  
Wir grat. uns. I. Papa Emil Leipzig z.  
39 G. Maria, Martha, Walter, Mariechen.  
Zu f. heut. Wiegensfeste w. ihr. Vater b.  
allerbeste. Mutter, Votchen u. Hildchen.  
Unf. Vater D. zu f. heut. Geburtst.  
die besten Wünsche von seiner Kolonne.  
Unf. I. Pat. Wilh. Raumann z. f. 60. Geb.  
ein 3 mal bonnerndes Hoch. D. Willi.  
Gratuliere Paul Frick zu seinem Ge-  
burtstage. F. B.  
Grat. Fr. Weigelt zum Geburtstag e.  
Familie Weigelt.



Der jährliche Kongress.

(1) Paris, 20. Februar.

I. Parteistatuten und Parteauffassung.

Die jährliche Partei hat glücklich ihren dritten Jahreskongress überstanden. Wie im Vorjahre zu Bordeaux, war für sie auch die diesjährige Tagung zu Saint-Etienne eine schwere Prüfung.

Man denke sich ein Land, das in autonom verwaltete und regierte Provinzen zerfällt, und an dessen Spitze neben einer machtlosen offiziellen Bundesregierung eine absolutistisch waltende Geheimregierung steht. Dieses Bild bietet ungefähr die französische Sozialistische Partei (P. S. F. — Jaurèsisten). Ihre „Organisation“ ist ein ungeheuerliches Gemisch von Anarchie und Despotismus, von föderalistischer Demokratie unten und selbstherrlicher Oligarchie oben. Die Demokratie steht in den Statuten, die usurpatorische Oligarchie — in der Person der Deputierten — wirkt ungebändigt im Leben.

Die Organisationsformen einer Partei sind nichts willkürliches und künstliches. Sie hängen ebenso innig zusammen mit dem Zweck, der Zusammenfassung und den innerlichen Kräfteverhältnissen der Partei, wie die Staatsverfassung mit der sozialen Unterlage des Staates. Die Statuten, die sich die P. S. F. auf ihrem Gründungskongress zu Tours (1902) gegeben hat, waren der angemessene Ausdruck des innerlichen antiproletarischen Wesens der ministeriell-sozialistischen Partei, oder — was dasselbe ist — des Widerspruchs zwischen proletarischem Schein und ihrem der Verbürgerlichung zustrebenden Sein. Jener Schein wurde gewahrt namentlich durch die Statutenbestimmung, die dem jährlichen Parteitag die „Allgemeine Leitung“ der Partei vorbehält. Zugleich aber hat man erstens durch die Selbstständigmachung der Departements-Föderationen, die zu kleinen Departements-Statuten erhoben wurden, die höchste Parteinstanz zu einer vormärzlichen Scheinorganisation, „Tagelagerung“ degradiert; und zweitens hat man die gesetzgebende Parteinstanz, die sich für ein paar Tage im Jahre versammelt, eines vollziehenden und überwachenden Organs beraubt.

Der proletarische Massenkampf fordert die Einheitlichkeit der Aktion, eine Einheitlichkeit, die in organisatorischer Hinsicht das Übergewicht der allgemeinen Parteinteressen über die lokalen Strukturinteressen voraussetzt. Die Tours-Statuten aber haben konsequent die Unterordnung des Allgemeinen unter das Lokale festgelegt. Zu diesem Zweck wurde jede einzelne Föderation insbesondere mit dem Sanktionsrecht der Kontrolle über die von ihr in die Kammer entsandten Deputierten betraut. Ist eine derartige Zersplitterung des Kontrollrechts unter allen Umständen von Nutzen, so sinkt sie vollends zu einer heuchlerischen Formalität herab in der P. S. F., in der das Wahlkomitee, wie bei den bürgerlichen Parteien, in der Regel aus ergebenen, abhängigen und zu Dank verpflichteten Kreaturen des Deputierten besteht. Das Wahlkomitee aber bezw. der persönliche Einfluß des französischen Delegierten, der, kraft seiner Regierungsfreundschaft, die einflussreichen Wähler durch diverse Vergünstigungen an sich binden kann und bindet, ist für die Weberwahl unendlich maßgebender als die Kraft der ganzen Föderation. Ein etwaiger Konflikt zwischen der Föderation und dem ministeriellen Deputierten mündete unbedingte zur Wahlniederlage der Föderation führen. Das hat sich ja in den Kammerwahlen von 1902 in zahlreichen Fällen mit trauriger Deutlichkeit gezeigt.

Die Unterordnung des Allgemeinen unter das Lokale, der Partei unter der Föderation, führt so folgerichtig zur Unterordnung der Föderation unter die einzelne örtliche Parteigruppe und weiter zur Unterordnung dieser letzteren selbst unter die Person des Deputierten. Damit berühren wir den wundesten Punkt der Organisation der P. S. F.

Eine proletarische Partei muß den prinzipiellen Agitationswert des Wahlkampfes dem materiellen Mandatsverfall vorantstellen. In Frankreich ist diese Forderung um so schwerer zu erfüllen, als die Deputierten ein schönes Jahresgehalt (9000 Franken) beziehen. Da sind für eine proletarische Partei besonders strenge Garantien erforderlich, um die Seitensprünge des Kandidaten und des Deputierten zu verhindern oder unschädlich zu machen. Die ministeriell-sozialistische Partei aber hat sich in Tours auch in dieser Beziehung mit einer leeren Formalität begnügt, um ja den herrlichen Schein zu wahren. Der Artikel 15 der Tours-Statuten bestimmt nämlich, daß die Kandidaten, um als Sozialisten zu gelten, verpflichtet sind, während des Wahlkampfes das von ihnen gezeichnete Parteiprogramm als Affiche zu verwenden. Diese Verpflichtung wiegt schon deshalb sehr leicht, weil die Zahl der Programm-Affichen nicht vorgeschrieben ist. Natürlich wird nun gang und gäbe eine lächerlich geringe Zahl dieser Affichen womöglich noch in versteckten Winkeln angeklebt und der Kandidat ist dann nach Artikel 15 „Sozialist“. Insofern ist selbst diese leere Formalität von der kleineren Hälfte der gegenwärtigen jährlichen Kammerfraktion erfüllt worden. Von den 31 Fraktionsmitgliedern haben nur 15 das Programm als Wahlaffiche verwendet. Laut aber nichts! Die 16 laut den Parteistatuten nichtsozialistischen Deputierten sitzen ruhig seit 1902 bis heute in der sozialistischen Kammerfraktion und beteiligen sich, wenn sie es wünschen, mit entscheidender Delegiertenstimme an den Parteitagen.

Wie der einzelne Deputierte über der Lokalorganisation steht, so steht die ganze Fraktion der P. S. F. über der Partei, wie das wiederum bei den bürgerlichen Parteien der Fall. Die jährliche Fraktion hat 1902 ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie die nagelneuen Parteistatuten mit Füßen trat. Sie hat sie würdig fortgesetzt, indem sie durch ihre Zusammenfassung mit der bürgerlichen Linken zu einem festen „Bloc“ die Sähe des gleichfalls nagelneuen Tours-Programms über die „Massenpartei“ als ebensoviel hohle Phrasen aufzeigte. Und sie rutschte auf der schiefen Ebene der bürgerlichen Parteipolitik und des Nichts-als-Ministerialismus immer tiefer und tiefer herab, so daß sie in einzelnen Fällen in der Opferung proletarischer Interessen oder prinzipiell-demokratischer Forderungen auf dem Altar des unübertrefflichen Kabinetts Combes sogar gewisse bürgerliche Antiliberalen übertrumpft hat.

In organisatorischer Hinsicht ist die Fraktion ein Konterfei der ganzen Partei. Sie spiegelt genau wieder die Zusammenhanglosigkeit und Lässigkeit der einzelnen Parteigruppen. Fraktionsstimmungen werden selten abgehalten und noch lässiger besucht. Und um die Fraktionsbeschlüsse kümmert sich wer will. In den wichtigen Abstimmungen ist die dreifache Abstimmungsweise (für, wider und Stimmenthaltung) die Regel. Nach dem Geständnis des ultraministeriellen Abg. Deville auf dem Kongress von Saint-Etienne kam eine zahlreich besuchte Fraktionsstimmung ausnahmsweise zustande und ebenso ausnahmsweise wurde in dieser Sitzung ein Mehrheitsbeschluss gefasst. Die gefegnete doppelte Ausnahme aber wurde verursacht durch die — Geheimfundsfrage! Freilich wurde der ausnahmsweise Mehrheitsbeschluss zugunsten der Geheimfonds, wie Deville wehklagte, von der Minderheit nicht beachtet.

Die Selbstherrlichkeit der Fraktion und die lokale Zersplitterung der ganzen Partei werden noch ganz besonders gelidert durch das Fehlen eines Parteiorgans, weshalb die wirksamste Kontrolle seitens der öffentlichen Meinung der Partei total unmöglich wird. Und dieser Zustand wird weiter verschlimmert durch die Existenz eines von der Partei unabhängigen Tagesorgans, der Petite République, die unter der Leitung von Jaurès Sonne und Regen in der Partei machte.

Die Tours-Statuten sind schlimm genug. Noch schlimmer ist ihre Durchführung oder Nichtdurchführung in der Praxis. Am schlimmsten aber ist die prinzipielle und taktische Auffassung, die erst jene Statuten ermöglicht und auch die Wirkungslosigkeit der einzelnen relativ annehmbaren Statutenbestimmungen gesichert hat. Auf dem Boden der Statutenänderung allein läßt sich daher eine Umkrempelung des Jaurèsismus nie und nimmer erreichen. Der linke Flügel der P. S. F. ist jedoch von dieser Einsicht weit entfernt. Er hat in Saint-Etienne dem rechten Flügel bezw. der Fraktion eine Generalschlacht geliefert, die einzig und allein die Statutenänderung zum Zweck hatte.

In einem zweiten Artikel sollen Verlauf und Ergebnis dieser Schlacht erörtert werden.

Achte Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter u. Deutschlands in Hamburg.

T. K. Hamburg, 22. Februar 1904.

In Küstes Etablissement wurde Punkt 9 Uhr vormittags die Generalversammlung eröffnet. Sie war besetzt von Delegierten aus Altona, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Hamburg, Seelitz, Remei, Duisburg, Magdeburg, Kiel, Bantoch, Breslau, Berlin. Außer dem Hauptvorstand waren vertreten der Ausschuss, die Revisions- und Prekommission. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war vertreten durch Döhlen-Berlin, und Johann waren noch als Gäste erschienen der Vorsitzende des Deutschen Seemannsverbands Müller-Hamburg, und vom Vorstande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands Schumann-Berlin und Himpel-Hamburg.

Als Vorsitzende des Verbandstags wurden gewählt H. Deder-Magdeburg und der Vorsitzende des Hauptvorstands J. Döring-Hamburg, als Führer der Nebenliste N. Lange und J. Heinicke-Hamburg.

In seiner Begrüßung weist der Verbandsvorsitzende Döring darauf hin, daß die Delegierten hier kein Festprogramm abzuwickeln haben, sondern eine Fülle ernster Arbeit verrichten müssen.

Nach erfolgter Konstituierung des Verbandstags und Verlesung zweier beifällig aufgenommenen Begrüßungsgramme aus Duisburg erstattet Döring den Vorstand Bericht. Der Bericht konstatiert den Aufschwung des Verbands, da trotz großer Fluktuation eine Zunahme von einigen Tausend Mitgliedern zu verzeichnen ist, dagegen ist die allgemeine Geschäftslage verhältnismäßig schlecht, wobei die wirtschaftliche Depression die größte Rolle spielt. Alles, was in anderen Berufen infolge der Krise arbeitslos ist, geht zum Hafen, sucht dort Rettung und läßt dadurch die in letzter Zeit eingefetzte kleine Aufbesserung nicht bemerkbar werden. Nach dem letzten Bericht waren 1901 14 580 zahlende Mitglieder vorhanden, die im Jahre 1902 auf 13 890 sanken und 1903 auf 16 481 stiegen. Rechnet man dazu 20 Prozent, welche auf Grund des § 9 des Statuts Vergünstigungen erhalten oder mit ihren Beiträgen 1 bis 3 Monate restieren, so ergibt sich für 1902 ein Mitgliederbestand von 16 858 und für 1903 ein solcher von 19 777 Personen. — Bezüglich der im letzten Jahre von der Kommission für Arbeiter-Statistik beabsichtigten Erhebung über die Verhältnisse der Binnen-schiffahrt gibt Neben eine Reihe von Aufschlüssen, die erkennen lassen, mit wie wenig Sachkenntnis die Fragebogen zusammengestellt wurden. Infolge dieser unpraktischen Ausarbeitung ist auf Einwand des Vorstands von der Erhebung vorläufig Abstand genommen, und wird die Enquete im Herbst 1904 mit anderen ausgearbeiteten Fragebogen stattfinden. Die durch die Enquete höchstwahrscheinlich herbeizuführende Revision des Binnen-schiffahrtsgesetzes ist um so notwendiger, als darin außerordentliche Härten für die Bootleute enthalten sind. — Als einziger Angriffspunkt der verflochtenen Geschäftsperiode ist jener der Föhler im Rege-Distrikt von größerer Bedeutung. Es waren hieran 1150 Personen beteiligt, die in 120 verschiedenen Orten der Provinzen Posen, Brandenburg und Preußen zerstreut wohnten. Der erfolgreiche Ausgang dieser Lohnbewegung ist für die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft in den Ostprovinzen von unschätzbarem Werte. — Während die ganze Bewegung, d. h. die zum Abschluss des Tarifs notwendigen Verhandlungen usw. 7 Wochen dauerte, war der eigentliche Streik in 22 Tagen beendet und kostete der Hauptkasse 27 000 Mk. Der abgeschlossene Tarifvertrag hat bis Herbst 1903 Gültigkeit. Nur teilweiser Erfolg war der Bewegung in Dresden beschieden, die wenig umfangreich blieb. Größer war der Danziger Abwehrstreik, der infolge des Eingreifens der im heimischen Verbandsorganisierten Streikbrecher ungünstig endigte. Die Aussperrung in Bremerhaven zeigt uns die Mächtigkeitslosigkeit des Unternehmertums in hellem Lichte. 144 Personen wurden definitiv gemahregelt und die Verbandskasse mit 21 500 Mk. Kosten belastet! Neben verbreitet sich soeben über die bisherige Streiktatistik, die bringen der Veränderung, bedürfe, denn die ganzen Ueber-schlüsse sind zum Teufel gegangen und es sieht mit unsern Mitteln recht windig aus! Mit den befreundeten Organisationen der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der Seeleute und Eisenbahner ist ein Kartellverhältnis angebahnt worden, ähnlich jenem der verschiedenen Organisationen des Baugewerbes und zwar auf Grund einer Resolution des letzten Verbandstages.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet H. Seemann-Hamburg den Kassensbericht. Während das Jahr 1902 noch 28 000 Mk. Ueberschuß brachte, muß für 1903 eine Abnahme des Verbandsvermögens um 25 000 Mk. konstatiert werden! Wir müssen also Mittel und Wege finden, dieser Misere zu steuern. Das wird die Hauptaufgabe der Generalversammlung sein müssen. In der letzten Geschäftsperiode wurden für Streiks und Aussperrungen 82 723,75 Mk., Stempelgebühren 12 000 Mk., Rechtschutz und Gerichtskosten 2674,12 Mk., für Beschaffung und in sonstigen Notfällen 8919,78 Mk., in Bezugung der Solidarität für andre Verufe 11 833,87 Mk. ausgegeben. Bei Schluß der vorigen Geschäftsperiode betrug das Verbandsvermögen in der Hauptkasse 81 802,71 Mk., bei den Mitgliedschaften 20 781,88 Mk., zusammen also 102 584,59 Mk. Mit dem Abschluß der Kasse am 1. Januar 1904 verblieben der Hauptkasse 80 081,88 Mk., den Mitgliedschaften 27 238,08 Mk., zusammen also 107 319,96 Mk. Mitin hat das Verbandsvermögen der Hauptkasse um 1781,88 Mk. abgenommen, das der Mitgliedschaften um 6508,67 Mk. zugenommen. Es hat also eine Steigerung des Gesamtvermögens um 4726,29 Mk. stattgefunden. Anschließend an den Kassensbericht ersucht Neben um Genehmigung der Revisionen, die in der letzten Geschäftsperiode über 1000 Mk. gekostet haben.

Die Berichte des Ausschusses und der Revisionskommission bieten nichts Belangreiches und auch die Diskussion über diese Berichte bringt bis zur um 1 Uhr eintretenden Mittagspause nichts Erwähnenswertes.

In der Nachmittagsstimmung wurde lebhaft über die vor-mittags erstatteten Vorstandsberichte diskutiert. Einen ziemlich breiten Raum nimmt erklärungswiese die Lübecker Angelegenheit in Anspruch. Körner-Lübeck gibt an dem Abfall der dortigen Schauerleute dem Zentralvorstand auch einen Teil der Schuld. Von anderer Seite wird die Höhe der Revisionskosten durch den Ausschuss bemängelt. Abrahams-Bremen moniert die Haltung des Vorstands bei der Bremerhavener Aussperrung, bei welcher er sich von den Ereignissen hat überzumpeln lassen. Daß die Angriffsstreiks mitunter nicht ganz nach den Vorschriften des engherzigen Streikreglements rechtzeitig angemeldet werden, ist leichter zu bemängeln als zu verbessern. Sobald von langer Hand ein Ausstand vorbereitet wird, werden das auch die Unter-nnehmer sehr bald gewahr und können sich ganz gemächlich darauf einrichten. Randalmaß muß aber für losgeschlagen werden, um die Konjunkturen rechtzeitig zu berühren. Auch beschwert sich Neben über unhöfliche Briefe des Zentralvorstands und Anfragen, über die man unmöglich Auskunft geben kann. — Der Vorsitzende berichtigt die platzgegriffene Anschauung über den Lübecker Fall. Die Sache liegt so: seit langem herrscht in Lübeck die Manie, dem Hauptvorstand bei allen möglichen Gelegenheiten den Kopf zu waschen, was auf die Dauer nicht nur lästig, sondern sogar entwürdigend wurde. Deshalb wurde ein derartiges neuerliches Ansinnen kurzerhand abgewiesen und der reguläre Geschäftsvertrieb angegeben. In aller Heimlichkeit wurde soeben die entscheidende Versammlung der Schauerleute in Lübeck gehalten, durch welche Tatsache sowohl der Hauptvorstand, wie sogar die übrige Lübecker Mitgliedschaft überrascht wurde. Der Vormittagsbeschluss verhindert übrigens weiteres Eingehen auf diese Angelegenheit. — Rippen-Bremerhaven verteidigt den Vorstand in Sachen der Aussperrung zu Bremerhaven. Der Lohn habe sich in aller Stille vorbereitet und erst, als die ganzen Trupps Arbeitswilliger eintreffen konnten, setzte er uns den Stuhl vor die Türe. Der Vorstand habe übrigens nach seiner Meinung recht, wenn er im schriftlichen Verkehr auf einen groben Miß ein groben Miß setze.

Die Versammlung erteilt bei Schluß der Sitzung sowohl dem Vorsitzenden als auch dem Kassierer Decharge für ihr Wirken.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

Budde will es! Zweihundertachtundsechzig Eisenbahnvereine der preußisch-hessischen Staatsbahnen mit 170 000 Mitgliedern haben sich am Sonnabend in Kassel zu einem Verbandsvereinigt, der neben der Pflege der Zusammengehörigkeit der Eisenbahnvereine und ihrer Mitglieder sich die Aufgabe stellt, zur Ergänzung der Pensionsbezüge, der Alters- und Invalidenrenten, der Krankengelder, sowie der Witwen- und Waisenbezüge besondere Hilfskassen zu errichten.

Der neu gegründete Verband telegraphierte an den Staatsminister Budde und an den Kaiser.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag der Steinseher. Der 6. Verbandstag der Steinseher, der zurzeit in Braunschweig tagt, wurde am Sonntag von dem Verbandsvorsitzenden Knoll-Berlin mit einer Begrüßungsrede an die Delegierten eröffnet. Hierauf wurde die Vorentscheidung erliebt. Von den Steinsehern in Budapest war ein Sympathiegramm eingegangen, worin mitgeteilt wird, daß die Budapestener Steinseher sich im Streik befinden; sie besitzen die Sympathie der Wiener Kollegen und bitten um Unterstützung. Einige wollen den Streikenden 1000 Mark, andre nur 500 Mark bewilligen. Bei der Rückständigkeit des braunschweigischen Ver-einsgesetzes ist zu befürchten, daß, wenn über diesen Punkt eine Debatte entsteht, die Versammlung aufgelöst werden kann, weshalb dem Vorstand die Erledigung übertragen wird.

Gerichtssaal.

Rechtsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 23. Februar.

Die verunglückte Staatsaktion gegen den Maurer Thiele und den Maler Bruchardt in Oschah erlebte heute ihre zweite Auflage. Nach dem Garten Thieles in Oschah war im vorigen Jahre eine Reichstagswähler-versammlung einberufen worden, die aber, wie schon 25 andre, auf Grund der Winderjährigkeitsbestimmung des Vereins- und Versammlungsgesetzes verboten wurde. Es hatten sich jedoch eine ganze Anzahl Besucher sowie der Gendarm Krüger eingefunden. Thiele verlas nun das Versammlungsverbot und weil sich die Besucher nicht sofort entfernten, forderte der Gendarm den Einberufer Thiele auf, die Versammlung aufzulösen und brang darauf, daß sich die Besucher entfernen müßten. Der Maler Bruchardt, der sich mit unter den Besuchern befand, ersuchte die Anwesenden, mit auf die Straße hinauszugehen, sie könnten ja dann wieder in den Garten zurück. So geschah es auch. Die meisten Besucher kamen wieder in den Thieleschen Garten, auch der Gendarm folgte ihnen und packte dann auf die Gespräche auf, die im Garten geführt wurden. Bis 1/2 Uhr blieben die Besucher im Garten. Der Gendarm mangelte sich in die Unterhaltung und verbot dem Bruchardt „das Gassen der Neben“. Gegen Bruchardt und Thiele wurde Anzeige wegen Verletzung einer nicht angemeldeten Versammlung (Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz), gegen Bruchardt noch wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze (§ 110 des Strafgesetzbuchs) erstattet. Thiele sollte die Versammlung in seinem Garten gebildet und Bruchardt zu den Besuchern über die Reichstagswahl gesprochen haben. In der Verhandlung vom 28. September v. J. bestritten die Angeklagten das ihnen zur Last gelegte. Bruchardt sagte, daß nur Privatgespräche geführt worden seien und daß er insbesondere nur auf an ihn gerichtete Fragen geantwortet habe. Thiele bestritt ebenfalls, daß Neben gehalten worden seien. Der Gendarm sagte in der Verhandlung vor dem Landgericht aus, daß er der Meinung sei, daß das Versammlungsverbot auf diese Weise



habe umgangen werden sollen. Zwei weitere Zeugen bekräftigen, daß der Gendarm die Versammlung nicht aufgelöst habe und daß nur Privatgespräche geführt worden seien. Der Verteidiger weist darauf hin, daß sich die Besucher anfänglich nach der Kenntnisnahme vom Verbot entfernt hatten. Daß sie später wieder in den Garten zurückgekehrt seien, treffe wohl zu, doch könne hierbei von Abhaltung einer Versammlung keine Rede sein. Der Verteidiger ersuchte um Freisprechung der Angeklagten, die auch erfolgte. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein, die heute vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam.

Der Reichsanwalt erklärte die Revision für unbegründet und führte aus: Die erste Versammlung war von Zielen ordnungsmäßig angezeigt; damit war dem § 2 des Gesetzes genügt. Er hat sofort den Versammelten bekannt gemacht, daß die Versammlung nicht stattfinden könne und sie sich sofort zu entfernen haben. Was die zweite angebliche Versammlung betrifft, so ist festgestellt, daß Teile an deren Zusammentritt keine Schuld hatte und daß es sich überhaupt nicht um eine Versammlung handelte, in welcher öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden sollten. Was Bruchardt betrifft, so geht das Landgerichtsurteil davon aus, daß eine amtliche Auflösung nicht erfolgt sei, welche die Strafbarkeit nach dem Gesetze bedingt, andererseits auch ein sofortiges Auseinandergehen der Versammlung stattgefunden habe, nachdem den Versammelten mitgeteilt worden war, daß die Versammlung verboten sei. Ebenso wenig liegt eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze vor, weil die Aufforderung (sich außerhalb des Lokals zusammenzufassen) gar nicht den Zweck gehabt hat, zu einer Versammlung zusammenzutreten zu lassen, sondern weil es sich lediglich um ein Zusammenstreuen zu einem erlaubten Zwecke gehandelt hat, Bruchardt auch davon überzeugt gewesen ist, daß dies gestattet sei. Es hat sich auch lediglich um ein gefälliges Zusammenstreuen gehandelt, nicht um eine Versammlung. Sämtliche Ausführungen des Landgerichts sind frei von Rechtsirrtum. Das Reichsgericht erkannte im Einklang hiermit auf Verurteilung der Revision des Staatsanwalts. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Der Polizeiwachmeister Heinrich Klitzsch ist am 10. Februar 1901 wegen Körperverletzung im Amt zu einer Geldstrafe von 800 Mk. vom Landgericht Frankfurt a. M. verurteilt worden. Seine Revision gegen dieses Urteil kam erst jetzt, nach drei Jahren, vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Bei einer Festlichkeit im Wiertunnel des Hauptbahnhofes wollte er eine Anzahl Gäste wegen angeblicher Übertretung der Polizeistunde aufschreiben. Als der Wirt Anton Nid ihn bat, davon abzustehen und lebhaft mit den Händen gestikuliert, ohne die geringste Miene zu machen, sich an ihm zu vergreifen, gab ihm der Angeklagte ohne weiteres einen Stoß vor die Brust, so daß Nid nach hinten überfiel. Obendrein nahm er ihn noch mit zur Wache. Die Revision des Angeklagten, der die Abfertigung der Körperverletzung bestritt, wurde vom Reichsgericht verworfen.

### Vereine und Versammlungen.

**Der Allgemeine Deutsche Buchhandlungsgehilfenverband, Kreisverein Leipzig,** hielt am 18. d. Mts. im Gutenbergkeller eine Versammlung ab, in der u. a. Kollege Seydttmann über die Kaufmannsgerichte und die Beschlüsse des Bundesrats referierte. Die Wahl des Referenten war mehreren Mitgliedern des Verbandes „zu stark“ gewesen. Unter einigen anonymen Zuschriften an den Vorsitzenden befand sich auch eine solche, die ihrer Entrüstung in den Worten: „Sozialdemokraten soll man keine Referate übertragen“ Ausdruck gab. Herr Seydttmann wurde des ferneren, weil Angeklagter der Leipziger Volkszeitung, als Referent im Verbandsrat für nicht geeignet erachtet. Nun, die Herren können beruhigt sein; die in der Versammlung von dem erwähnten Referenten eingebrachte Resolution, welche in Nr. 22 der Leipziger Volkszeitung abgedruckt ist, wurde mit einem kleinen unwesentlichen Zusatz einstimmig angenommen. Den anonymen Beigängen sei aber ans Herz gelegt, in der nächsten Verbandsversammlung ihre Geistesprodukte zu enthüllen.

**Textilarbeiterversammlung** am 20. Februar in den Zwei Linden zu Nagwitz-Lindenau. Der Kassierer verlas die Ausgaben vom vorigen Jahre und forderte die Einschickung einer Kommission, welche die Einnahmen und Ausgaben nochmals revidieren soll. Es wurde hierzu eine Kommission von vier Mitgliedern gewählt. Kollege Glangmann fragte an, warum seine in der letzten Versammlung gestellten Anträge zur nächsten Generalversammlung nicht eingeschickt worden seien. Er sprach dann in längeren Ausführungen über die verschiedenen Anträge, welche von andern Orten gestellt worden sind. Der Vorstand wurde beauftragt, innerhalb 8 Tagen die Wahlkreiseinteilung vorzunehmen und den Mitgliedern die Lokale in geeigneter Weise bekannt zu geben, oder möglichenfalls noch eine Versammlung einzuberufen. Die Kollegen Glangmann und Sachse wurden als Delegierte zur Generalversammlung in Vorschlag gebracht. Von diesen ist ein Kollege am 6. März in den vom Vorstand zu bestimmenden Wahllokalen per Stimmzettel zu wählen. Ein Kollege vom Osten teilte mit, daß die Vosamentierer immer im Verband gewesen sind, aber einen Bevollmächtigten für sich gehabt haben. Dies hiermit zur Berichtigung des vorigen Versammlungsberichts. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, für regen Versammlungsbesuch zu agitieren. Nach lebhafter Debatte erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die Steinseher** hielten am Sonntag in Stadt Gotha ihre Monatsversammlung ab. Ein Mitglied der Prüfungskommission erstattete nochmals Bericht über deren Tätigkeit. Die Neuwahl der Kommission wurde vorläufig vertagt. Es erfolgte die Wahl eines zweiten Schriftführers. Unter Gewerkschaftsmitgliedern wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß alle Steinseher ohne Unterschied, ob in Arbeit stehend oder nicht, Material zu einer Eingabe an den Herrn Daurat zu sammeln haben, betr. Einstellung

der fremden Steinseher. Schließlich wurde ein Begrüßungs-telegramm an den Verbandsrat in Braunschweig abgefaßt.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Vergleichenstift wird jetzt vom Vorstände der Ortskrankenkasse in einer Weise zu lösen gesucht, die man als das Betreten des richtigen Weges bezeichnen kann. Man kann den Vorstand zu diesem Schritt beglückwünschen und ihm vollen Erfolg gönnen. Wenn schon der aus dem Tageblatt übernommene Artikel des Herrn Dr. G. über die Anstellung von Distriktsärzten die Angelegenheit sehr zutreffend behandelt, so ist es doch nicht unangebracht, dieser Frage noch weiter näher zu treten. Die Institution der Distriktsärzte besitzt wohl bei diesem oder jenem Mitgliede der Kasse nicht allzuviel Sympathie, und doch wäre die Anstellung von Distriktsärzten als ein Fortschritt zu bezeichnen. Sie drängt das Geschäftsmäßige in der Tätigkeit des Arztes zurück. Die feste Anstellung stellt dem Arzte die wirtschaftliche Existenz sicher und weist ihm einen ganz bestimmten Wirkungskreis zu, von dessen sorgfältiger Bearbeitung sein eigener Vorteil abhängt. Damit wird dem Arzt ermöglicht, daß er sich seinem Berufe voll und ganz widmen kann. Eine noch höhere Bedeutung haben die zu errichtenden ärztlichen Beratungsanstalten, die der Ausgangspunkt der völligen Umgestaltung des ärztlichen Berufes werden können und werden müssen, wenn sie im Laufe der Zeit mit der Institution der Distriktsärzte zur Verschmelzung kommen würden. Erst dann ist der Arzt, was er sein sollte. Der Arzt soll nicht bloß Krankheiten und Schäden heilen, sondern soweit es menschenmöglich, im Anfang verhindern. Er wird in die Lage gesetzt, die sozialen Nachteile, die den vielfach ungenügenden Gesundheitszustand der arbeitenden Massen bedingen und die er bei gewissenhafter Tätigkeit erkennen muß, mit der ganzen Autorität seines Standes zu bekämpfen. Die unbedingte Grundlage ist natürlich das uneingeschränkte Selbstverwaltungsrecht der Massen. Dabei ist der Arzt auch vor der Maßregelung der bestehenden, der herrschenden Klasse, geschützt, wenn er die Forderungen seiner Erfahrungen geltend macht. Wie gesagt, durch die Krankenkassen könnte der Arzt in die Stellung gebracht werden, die ihm gebührt. Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß die Arbeiterschaft die Abneigung, die vielleicht hier und da gegen das Distriktsärztsystem vorhanden ist, überwinde und die Massenleitung in ihrem Bestreben kräftig unterstütze.  
Ein Arbeiter.

### Theatervorstellungen.

#### Neues Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)  
Mittwoch, den 24. Februar: 55. Abonn.-Vorstellung (8. Serie, weiß):  
Zum erstenmal wiederholt:  
**Tiefand.**

Musikdrama in einem Vorspiel und 3 Akten nach V. Guimera von Rudolf Lothar. Musik von Eugen d'Albert.  
(Ohne Ouvertüre.)

Regie: Ober-Regisseur Waldberg. — Direktion: Kapellmeister Hagel.  
Sebastiano, ein reicher Grundbesitzer . . . . . Hr. Schütz  
Tommaso, der Kellner der Gemeinde . . . . . Hr. Schelpfer  
Pedro, ein Hirte . . . . . Hr. Moers  
Moruccio, Mühlknecht . . . . . Hr. Wergeltkamp  
Martha . . . . . Hr. Dornes  
Pepa . . . . . Fr. Eichholz  
Antonina . . . . . Fr. Kurt  
Rosalia . . . . . Fr. Stadlenger  
Nuri . . . . . Fr. Garbinski  
Nando, ein Hirte . . . . . Hr. Traun

#### Der Pfarrer.

Das Stück spielt jetzt auf einer Hochalpe der Pyrenäen, teils im spanischen Tiefland von Catalonen, am Fuße der Pyrenäen.  
Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Opern-Preise.**  
Billetverkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. (Billet-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufgeb.)

Spielplan: Donnerstag: Rose Bernd. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Neu einstudiert: König Richard III. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal: Verkleidert. Hieraus: Die Tochter des Regiments. Anfang 7 Uhr. — Sonntag: Die weiße Dame. Hieraus: Balletdivertissement. Zum Schluß: Der Wajazzo (Pagliacci). Anfang 7/8 Uhr.

#### Altes Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)  
Mittwoch, den 24. Februar:  
**Zauberreich.**

Drama in 4 Akten von Franz Adam Meyerlein.  
Regie: Regisseur Brunow.

von Bannewitz, Mittmeister von Löwen, Leutnant von Lauffen, Leutnant Volkhardt, Wadewelsch, Queth, Witzwadmüller, Selbig, Sergeant Michael, Wan Spiel, Wan Klärchen Volkhardt Major Paschke vom Elbflüßchen Fußartillerie-Regiment Nr. 19  
Mittmeister Graf Leidenburg vom Pfläzischen Kavallerie-Regiment Nr. 10  
Oberleutnant Hagemeister vom Dreisgaulischen Infanterie-Regiment Nr. 186  
Erster Kriegesgerichtsrat (Verhandlungsführer)  
Zweiter Kriegesgerichtsrat (Beisitzer)  
Dritter Kriegesgerichtsrat (Ankläger)  
Der Protokollführer  
Ein einjährig-freiwilliger Unterarzt  
Eine Verleumdung (Feldwebel)  
Eine Anzahl Mannen.  
Ort der Handlung: Sennheim, eine kleine eisässische Garnison gegen Belfort zu.

Hr. Greiner  
Hr. Volkner  
Hr. Gahn  
Hr. Brunow  
Hr. Hülfeler  
Hr. Walter  
Hr. Demme  
Hr. Scholz  
Fr. Büßli  
Hr. Möbbling  
Hr. Schuy  
Hr. Spitzweg  
Hr. Guth  
Hr. Ehwann  
Hr. Hennig  
Hr. Schröder  
Hr. Colmar  
Hr. Probst

Pause nach dem 2. Akt.  
Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr. **Gew. Preise.**  
Billetverkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. (Billet-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tageskasse mit Aufgeb von 30 Pf. pro Billet.)  
Spielplan: Donnerstag: Die Fledermaus. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Der Opernbalk. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Die Reise um die Welt in 80 Tagen. Anfang 7/8 Uhr. — Sonntag nachm. 7/8 Uhr: Der eingebildete Kranke. Vorher: Die G'schwister (Bodentheilung für den Leipziger Arbeiterverein). Abends 7 Uhr: Japhetstraß.

### Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Hartmann. Sophienstr. 19.  
Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.  
Anfang 7/8 Uhr. Mittwoch, den 24. Februar: Anfang 7/8 Uhr.  
27. Mittwoch-Abonnement.  
Gastspiel der Frau Albertine Behme.

Zum erstenmal:  
**Raboremus.**

Drama in 3 Akten von Björnstjerne Björnson.  
Regie: Oberregisseur Artur Eggeling.

Wibby . . . . . Lothar Wehnert  
Vhla . . . . . Robert Försch  
Dr. Kann . . . . . Heinrich Stillsiedel  
Langstreb . . . . . Julia Siegert  
Barony . . . . . Armand Rabre  
1. Hotelbedienter . . . . . Otto de Rolte  
2. Hotelbedienter . . . . .

#### Dlener, Hotelgäste.

Zeit: Gegenwart.  
Vhla . . . . . Albertine Behme.  
Herauf:  
**Der Dieb.**

Romäne in 1 Akt von Octave Mirbeau. Deutsch von Max Schoenau.  
In Szene gesetzt vom Ober-Regisseur Artur Eggeling.

Der Dieb . . . . . Lothar Wehnert  
Der Bestohlene . . . . . Artur Eggeling  
Der Polizeikommissar . . . . . Hans Rößler  
Der Kammerdiener . . . . . Bernhard Wildenhain

Pause nach dem 1. Stück.  
Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.

#### Gewöhnliche Preise.

Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei Fr. A. Coppius, Zigarren-Import, Petersstr. 15. — Vorverkauf-Geld wird nicht erhoben. — Bestellte Billets müssen 15 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein. — Die Tageskasse im Theater ist täglich geöffnet von 10—2 Uhr, Sonntags von 11—9 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Der Traum ein Leben (Kassierervorstellung bei halben Preisen). — Freitag (27. Freitag-Abonnement): Das dunkle Tor. — Sonnabend: Ehrsame Leute.

## Battenberg-Theater

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr  
**Hans in allen Gassen.**

Schwank in 3 Akten von Laufs und Schmasow.  
Vornen: Schuldig. Drama von R. Volz.

## Battenberg.

Täglich abends 8 Uhr [2016]  
**Künstler-Vorstellung.**

Vorzügliches Programm.  
Vorzugskarten in den meisten Zigarren-Handlungen.

### Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag, den 23. Februar 1904.  
(Mitgeteilt von Gebr. Glas.)

Weizen per 1000 kg netto steigend	inländischer	180—185 bez.
roggen per 1000 kg netto steigend	inländischer	192—195 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	inländischer	185—140 bez. Brf.
	ausländischer	150—152 Brf.
Hafer per 1000 kg netto fest	Braugerste, hiesige	148—157 bez. Brf.
Malz per 1000 kg netto	Mahln. Futtermware	120—140 bez. Brf.
	inländischer	132—136 bez. Brf.
	ausländischer	
	amerikanischer	125—128 bez. Brf.
	runder	128—128 bez. Brf.
	Cinquantin	144—150 bez. Brf.
	Raps	
		10.25—10.75 bez. Brf.
		46.00 nominell

Malz per 100 kg netto	Außeramtlich:	26—28
Wicken per 1000 kg netto	loco	160—170
Erbsen per 1000 kg netto	loco große	180—195
	" kleine	180—175
	Futter	140—160
Bohnen per 100 kg netto	loco	24—28
Kleeperle per 100 kg netto	rot nach Qualität	90—185
	weiß nach Qualität	90—140 fetteste Qualität
	gelb nach Qualität	88—86
	schwed. n. Qualität	70—120 höher

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig u. Umgegend notieren:  
Weizenmehl Nr. 00 27.00  
per 100 kg " 0 23.00—24.00  
erfl. Sad " I 19.00—20.00  
" II 17.00—18.00  
Weizenhafeln 9.50—9.75  
Roggenmehl Nr. 0 } 21.00  
" I }  
erfl. Sad " II 14.00—14.25  
Roggenkleie " 9.75—10.50 per 100 kg erfl. Sad.

**Schneeweiße Wäsche**  
ohne Bleiche  
gibt  
**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan.

**Schleussiger Möbel-Magazin**  
Jahnstr. 19b, pl., I. u. IV. Et. Wilh. Röhmer, Tischlermeister  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Ausstattungen sowie Einzelmöbel zu äußerst billigen Preisen. Brautleuten zu empfehlen. Langjähr. Garantie. — Transport frei. — Beschäftigung auch Sonntags.

**Echte UNION-LIKÖRE**  
und  
echte Union-Kornbranntweine  
= die besten und feinsten Qualitäten =  
überall zu haben.  
Verkaufsstelle: **Fabrik Union, A.-G.**  
Leipzig, Windmühlstr. 18. **Mockau-Leipzig.**